

Wir Berlinerinnen

März 2008

Samstag, 8. März 2008

**FRAUEN
MESSE**
UNTERNEHMERINNENTAG

im UCW, Sigmaringer Str. 1

Nr. 100

Liebe Ladies,

100 – in Worten: einhundert – fürwahr eine magische Zahl. Das für uns Menschen nach wie vor „biblische Alter“ – Frauen schaffen die magische Grenze öfter als Männer! – hat der LandesFrauenRat Berlin noch nicht erreicht. Er wird 2009 erst seinen 30. Geburtstag feiern, ist derzeit also noch ein Twen. Aber die 100. Ausgabe „Wir Berlinerinnen“ ist Anlass genug, sich mit dieser „Hausnummer“ einmal etwas näher zu befassen.

Vor einhundert Jahren 1908 tat sich wirklich aus Frauensicht eine Menge und vor allem Entscheidendes. Weltweit demonstrierten Tausende Frauen für Stimmrecht und höhere Löhne unter anderem in London, Paris und New York. In Deutschland wurde Frauen mit Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes am 15. Mai 1908 die politische Betätigung in Parteien und Vereinen erlaubt. Am 18. August 1908 wurden Frauen in Preußen zum Studium zugelassen und am 15. Oktober 1908 die erste so genannte Soziale Frauenschule in Berlin eröffnet. Ihre Leiterin hieß Alice Salomon. Eine weitere bis heute im Gegensatz zu vielen anderen unvergessene Frau, Melitta Bentz, die Erfinderin des Kaffeefilters, gründete im Dezember 1908 die Melitta-Werke. Und bei den IV. Olympischen Spielen in London, die von April bis Oktober 1908 stattfanden, durften Frauen erstmals teilnehmen – im Eiskunstlaufen.

Last but not least: Keine einhundert Jahre, aber immerhin ein halbes Jahrhundert alt, ist das Gleichberechtigungsgesetz, das wir heute das Erste nennen. Als am 1. Juli 1958 dieses Gesetz in Kraft trat, konnten sich seine männlichen Kommentatoren sicherlich beim besten Willen nicht vorstellen, dass es in der noch jungen Bundesrepublik eines Tages noch mehr Gleichberechtigung geben sollte. Sie hielten zudem bereits dieses Gesetz für Teufelswerk, verwehrte es doch unter anderem dem Ehemann das einseitige und alleinige Recht zur Bestimmung des Wohnortes der Familie, die Auswahl der (Vor-)Namen der Kinder und die Entscheidung über Arbeitsaufnahme oder -fortsetzung der Ehefrau. Sie durfte ab Inkrafttreten dieses Gesetzes berufstätig sein, „soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist“. Es dauerte noch einmal fast 20 Jahre, bis auch dieser Vorbehalt entfiel.

Jetzt aber 100 Mal „Wir Berlinerinnen“. Wir freuen uns über diese Jubiläumsausgabe die, wie Sie angesichts der ersten Seite und bei weiterer Lektüre bemerken werden, ein flotteres Layout bekommen hat. Wir, der LFR-Vorstand und die Geschäftsführerin Sabine Röhrbein, hoffen, dass Ihnen die 100. Ausgabe gefällt und Sie schon jetzt auf Nr. 101 neugierig sind.

Herzlichst Ihre



LandesFrauenRat



Berlin e.V.

Der LFR wird 30!

♦ Der LandesFrauenRat Berlin e.V. begeht im kommenden Jahr sein 30-jähriges Jubiläum: Am 9. Juli 1979 fand die Gründungsveranstaltung statt - nach einer langen Diskussion über das Für und Wider in der Vorgängerorganisation, der Arbeitsgemeinschaft der Berliner Frauenverbände. Gründungsvorsitzende war die im vergangenen Jahr verstorbene Johanna Lemke, die sich um die Frauenpolitik in Berlin nicht nur im LandesFrauenRat verdient gemacht hat. Als sie den Vorsitz im November 1983 an Gertraud Schilling übergab, wurde das in der Verbandspublikation „Wir Berlinerinnen“ dokumentiert. Sie ist seit 1982 ein reicher Schatz der Verbands- und Berliner Frauengeschichte, die der LFR 2009 aufbereiten möchte. Allerdings ist die Aktenlage in der Geschäftsstelle dürrig: Unterlagen aus den ersten Verbandsjahren fehlen fast gänzlich - nur „Wir Berlinerinnen“ ist eine wertvolle Gedächtnisstütze.

Bitte um Mithilfe

Deshalb bittet der LandesFrauRat um Ihre Mithilfe: Haben Sie alte Protokolle, Einladungen oder andere Dokumente des LFR Berlin aus den Jahren 1979 bis 1989? Haben Sie Fotografien oder Plakate von Aktivitäten von den Gründungstagen bis heute? Haben Sie eigene Aufzeichnungen, Briefe oder anderes Material, das die LFR-Arbeit dokumentiert und das Sie leihweise zur Verfügung stellen können? Insbesondere frühere Vorstandsfrauen und Delegierte der Mitgliedsorganisationen finden vielleicht noch Dokumente aus ihrer aktiven Zeit. Gleichzeitig sucht der LFR an Frauengeschichte Interessierte, die in einer Arbeitsgruppe unter Anleitung einer Historikerin in den Akten und Archiven stöbern, um eine Chronik des LFR Berlin zu erstellen. Diese soll - ergänzt um Interviews mit Zeitzeuginnen - im Jubiläumsjahr veröffentlicht werden.

Wer alte Akten hat oder an der Chronik mitarbeiten möchte, meldet sich bitte in der LFR-Geschäftsstelle.

sbr

Inhalt

Thema

Frauentag und Frauenmärz Seite 6 bis 9

LFR Aktuell

Ehre wem Ehre gebührt Seite 4

Jubiläum: Ausgabe 100

Kaleidoskop der Frauengeschichte Seite 10

Grußworte Seite 11

Geblättert in „Wir Berlinerinnen“ Seite 12/13

Wie der Rundfunkrat zu den Frauen kam Seite 14

Berlin

LGG-Jahrestag Seite 20

Frauen in Forschung und Lehre Seite 21

Frauen und Sucht Seite 21

Frauenpolitik national

DF-Stellungnahme Seite 22

Girls' Day 2008 Seite 22

Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung Seite 23

Frauenpolitik international

Finanzierung der Geschlechtergerechtigkeit Seite 24

Mehr Frauen in die Politik Seite 25

Verbände auf einen Blick

BPW: Equal Pay Day 2008 Seite 26

Staatsbürgerinnen-Jubiläum Seite 26

Veranstaltungen Seite 27

Rubriken

Impressum Seite 2

LFR unterwegs Seite 2 bis 4

Neues aus dem UCW Seite 7

Tipps Seite 20

Literatur Seite 25

Aufgespießt Seite 28

Auf den Seiten 16 bis 19 sind ein Bericht zur China-Reise der üpfi in Kooperation mit dem LFR und die Stellungnahme des LFR zum Entwurf des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Senats zu finden.

Impressum

Herausgeber:

LandesFrauenRat Berlin e.V.

Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin

Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, E-Mail: lfr-berlin@t-online.de

www.landesfrauenrat-berlin.de, www.lfr-berlin.de

Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Marlies Brouwers, Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin und nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 2.03.2008

Von Empfang zu Empfang: Neujahr ist, wenn...

...Volker Tschapke die Langen Kerls und andere Uniformträger waffenlos, aber ordensgeschmückt antreten lässt: Auch am 12. Januar war es wieder soweit. Trotz frühlingmilder Temperaturen und strahlendem Sonnenschein folgten einige hundert Anhängerinnen und Anhänger der Preußischen Gesellschaft der Einladung ihres Präsidenten in das Hilton Hotel am Gendarmenmarkt.

Im einst bundeswehrfreien Berlin ist es immer noch verblüffend, so viele Uniformträger und -trägerinnen (!) auf engstem Raum außerhalb einer Kaserne versammelt zu sehen. Volker Tschapke findet jedoch offensichtlich wie Lothar de Maizière, letzter DDR-Ministerpräsident, die richtigen Worte für viele Alt- und Neupreußen im Herzen des vereinten Berlins.

...Industrie und Handelskammer (IHK) zusammen mit der Handwerkskammer (HK) Berlin zum Neujahrsempfang laden. Trotz Schulferien kamen am 11. Januar ins Ludwig Erhard-Haus fast alle, die geladen waren. Zwei, die fehlten, fielen durch ihre Abwesenheit besonders auf: zum einen der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, zum anderen der Präsident der IHK Eric Schweitzer. Der ALBA-Chef hatte einen durchaus verständlichen Grund für seine Absenz: Er hielt sich aus Anlass der Hochzeit seines jüngeren Bruders Axel in Australien auf und wurde von IHK-Hauptgeschäftsführer Jan Eder vertreten. Dieser begrüßte zusammen mit HK-Präsident Stephan Schwarz die circa 1.300 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Kultur. Beide lobten das Wirtschaftswachstum in Berlin und forderten die Politik auf, ihrerseits die Wirtschaft zu fördern statt sie mit immer neuen Entwicklungshemmnissen zu drangsaliieren. Gemeint waren hier neben der stets gescholtenen Bürokratie vor allem die Umweltzone und die Schließung des Flughafens Tempelhof. Stephan Schwarz und Jan Eder erhielten den ungeteilten Beifall der Fraktionschefs der CDU und FDP, Friedbert Pflüger und Martin Lindner, während die Mienen von Wirtschaftsminister Harald Wolf (Linke) und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD)

nicht einmal verhaltene Zustimmung signalisierten. Die Vertreter der Wirtschaft, unter ihnen Unternehmer und Manager wie Hans Wall, Hartwig Piepenbrock, Gerd von Brandenstein (Siemens), Jörg Simon (Berliner Wasserbetriebe), Vera Gäde-Butzlaff (BSR), Jörg Woltmann (KPM) sowie Medienmann Tim Renner klatschten dagegen an dieser Stelle ebenso wie der neue Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) Christian Amsinck besonders heftig. Ansonsten jedoch war man wie jedes Jahr gekommen,

Bank für Sozialwirtschaft mit Wesentlichem

♦ Auch die Bank für Sozialwirtschaft ließ es sich in diesem Jahr nicht nehmen, zu einem Empfang am 17. Januar in die Oranienburger Straße einzuladen und die Prominenz aus Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens wie der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt und dem Deutschen Roten Kreuz waren der Einladung gerne gefolgt. Der Vorsitzende des Vorstandes, Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, begrüßte die illustren Gäste herzlich und ein besonderes Interesse fand anschließend das fulminante Buffet, denn schließlich wirbt das Haus mit dem Slogan „Die Bank für Wesentliches“.

Marlies Brouwers

um sich gegenseitig alles Gute und vor allem Erfolg zu wünschen. Neuer Gast im Ludwig Erhard-Haus an diesem Abend: Petra Ledendecker, Unternehmerin aus Westfalen, die demnächst an die Spitze des Verbandes deutscher Unternehmerinnen (VdU) rückt. Noch-Präsidentin und IHK-Vollversammlungsmitglied Regina Seidel plauschte derweil angeregt mit Rechtsanwältin und Unternehmerin Jutta Glock, die sich über den ihr ganz frisch durch Gesundheitsministerin Katrin Lompscher überreichten Bundesverdienststorden freute.

...sich Fußball in der Bank abspielt: So geschehen am 19. Januar. Der

Berliner Fußball-Verband (BFV) hatte wie schon im Vorjahr in die Rotunde der Dresdner Bank am Pariser Platz geladen. Verbandspräsident Bernd Schultz begrüßte zusammen mit seinem Vize Hans-Jürgen Bartsch gut gelaunt die zahlreich erschienenen Gäste, die ungeachtet des gleichzeitig stattfindenden Neujahrsempfangs der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus dem Sport den Vorzug vor der Politik gegeben hatten. Sportstaatssekretär Thomas Härtel (SPD) schaffte sogar den Spagat zwischen beiden Empfängen. So kam er zwar spät, dafür jedoch mit neuem Schal geschmückt vom Pariser Platz in die Reinhardtstraße. Dieser Schal ist das sichtbare Zeichen der BFV-Kampagne „Gewalt halt! Mach mit!“. Damit wirbt er bei Mitgliedern und Fans für Fairness, Respekt und Gewaltlosigkeit im Fußball. Große Unterstützung hat der Verband hierbei durch Bernd Haberstroh erfahren. Der Inhaber eines Berliner Druckhauses hat kostenlos die Beflockung von Trikots mit dem Anti-Gewaltslogan übernommen und wurde dafür mit dem Goldenen Fußball ausgezeichnet.

Juliane von Friesen begrüßte nicht nur das Eintreten des BFV gegen Gewalt und die Ehrung des Kampagnensponsors. Sie freute sich auch über Bernd Schultz' Ankündigung, künftig enger mit dem LFR zusammen zu arbeiten, vor allem im Hinblick auf 2011. Da findet die Frauenfußball-WM in Deutschland statt und das Eröffnungsspiel in Berlin. Aber bis dahin gilt es noch, einige Neujahrsempfänge zu bewältigen.

...die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses zum Neujahrsbrunch ins „Manzini“ in der Reinhardtstraße lädt: In dieser Location, an deren Eingang unübersehbar das FDP-Banner hängt und wohin FDP-Chef Guido Westerwelle zu Pressekonferenzen lädt, fühlen sich ganz offensichtlich auch SPD-Mitglieder wohl. Am 19. Januar war nicht nur Fraktionschef Michael Müller als Gastgeber von Anfang an dabei, auch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit kam früh und blieb lang und mit ihm alle
weiter auf Seite 4

Von Empfang zu Empfang: Neujahr ist, wenn...

Fortsetzung von Seite 3

SPD-Senatsmitglieder – auch ehemalige waren präsent, so die einstigen Regierenden Klaus Schütz und Dietrich Stobbe sowie Justizsenatorin a. D. Lore Maria Peschel-Gutzeit. Aus dem Bundestag waren alle SPD-MdBs mit Berliner Wohnsitz gekommen, wie Wolfgang Thierse, Petra Merkel, Klaus Uwe Benneter und Dittmar Staffelt sowie aus dem EU-Parlament Dagmar Roth-Behrendt. Der kurzen Ansprache von Michael Müller lauschten auch IHK-Präsident Eric Schweitzer, frisch zurück aus dem sommerlichen Australien, und die IHK-Hauptgeschäftsführung, vertreten durch Jan Eder und Christian Wiesenhütter. Ebenso wie VBKI-Geschäftsführer Udo Marin werden sie wohl kaum das Bekenntnis von Michael Müller so richtig ernst genommen haben. Dieser räumte zwar ein, dass ein kleiner Privatfliegerairport sicherlich eine schöne Sache sei, aber wirklich wichtig sei der BBI, und dieses Projekt dürfe schließlich durch Tempelhof nicht gefährdet werden. Aus der Wirtschaft waren ebenfalls gekommen IBB-Chef Dieter Puchta und Sparda-Chef Dieter Hoffmann. Volksbank-Chef Volker Hatje und sein Vorgänger Karl Kauermann, wiesen Gerüchte, die Bank würde nach Knut auch Eisbärenmädchen Flocke unter Vertrag nehmen, entschieden von sich mit der Begründung, Eisbärenbabys seien inzwischen zu teuer. Vielleicht hätten sie sich von Markus Klimmer (McKinsey) beraten lassen sollen. Für die Medienpräsenz sorgte RBB-Intendantin Dagmar Reim, die sich ebenso wie die sie begleitenden RBB-Direktoren gut erholt vom 40 Jahre „Kontraste“-Marathon zeigte.

Für den LandesFrauenRat Berlin zeigten Juliane von Friesen und Anneliese Wolf Flagge, wohingegen Mechthild Rawert natürlich in erster Linie als SPD-Frau auftrat.

...wenn das Bundesforum Familie den Ausblick wagt: Kinder brauchen Werte – das war das Projekt, das das Bundesforum 2007 in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt hatte. Daran anknüpfend bildet das Thema „Werteerziehung und Wertebildung aus reli-

giöser Sicht“ 2008 den Schwerpunkt. Die Vorstellung der Ergebnisse der vergangenen Jahre und die Vorhaben im neuen Jahr stellten der Sprecher des Bundesforums Familie Horbert Hocke und die Geschäftsführerin Dr. Katherine Bird am 15. Januar in den neu bezogenen Räumen in der Inselstraße mit Blick über die Spree vor. Das attraktive Domizil in Berlins Mitte

schichte der deutsch-polnischen Beziehungen anzuheben. Anlass war der ökumenische Neujahrsempfang, zu dem der BKU zusammen mit dem Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland (AEU) am 28. Januar in die Katholische Akademie eingeladen hatte. Den kenntnis- und detailreichen Ausführungen von Norbert Jöris hörten die Gäste, unter

Ehre wem Ehre gebührt

♦ Gut gefüllt war am 11. Januar um die Mittagszeit das Amtszimmer von Gesundheitssenatorin Katrin Lomp-scher (Linke) an der Jannowitzbrücke. Anlass hierfür war das Überreichen der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Jutta Glock. Die Unternehmerin und renommierte Fach-anwältin für Arbeitsrecht mit Promotion und Honorarprofessur wurde vor allem für ihr ehrenamtliches Engagement zugunsten von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien geehrt. Katrin Lomp-scher vergaß aber nicht, das darüber hinausgehende vielfältige Engagement von Jutta Glock unter anderem als Berliner Vorsitzende des Deutschen Juristinnenbundes (DJB) und Vorstandsmitglied des Verbandes deutscher Unternehmerinnen (VdB) zu erwähnen.

Die Ausgezeichnete dankte sichtlich erfreut für die sehr detailreiche Würdigung ihrer ehrenamtlichen Aktivitäten und betonte ihrerseits, dass dies alles ohne ihren Ehemann Jürgen Koch, Unternehmensberater wie sie, nicht möglich gewesen sei. Darüber hinaus wies Jutta Glock darauf

hin, wie wichtig ein gut funktionierendes Netzwerk sei. Die präsenten „Teile“ desselben stellte sie der Senatorin dann auch gleich in der eher fröhlichen als feierlichen Runde vor: Karin Aust-Dodenhoff und Ingrid Weber, Präsidentin des Landesarbeitsgerichts (LAG) Berlin-Brandenburg die eine, ehemalige Vorsitzende Richter des LAG die andere, Regina Seidel, Unternehmerin und VdU-Präsidentin, Jutta Wagner, Rechtsanwältin und DJB-Präsidentin, Uta Fölster, Präsidentin des Amtsgerichts Berlin Mitte, künftig OLG-Präsidentin in Schleswig-Holstein, Juliane von Friesen, Vorsitzende des LandesFrauenRates Berlin, Ilka Hartmann, Commerzbank, Dorothee Müller-Lankow, Leiterin der Konzernrepräsentanz des Rüstungsunternehmens Safran und Ria Hugo von der US-amerikanischen Botschaft, mit der zusammen die neue Orderträgerin junge deutsche Juristinnen (und Juristen) in den USA in die Erfolgsspur schickt. Die Senatorin zeigte sich sichtlich beeindruckt und verkündete, die für sie neuen Kontakte umgehend nutzen zu wollen.

Juliane von Friesen

beflügelt sicher die anspruchsvolle Arbeit der Initiative. Die Vorsitzende des LandesFrauenRates Berlin überbrachte die Glückwünsche des Verbandes.

...wenn sich Norbert Jöris, der Vorsitzende der Diözesangruppe Berlin des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), der redezeitkürzenden Anrede „Willkommen, liebe Titel!“ bedient – um dann allerdings zu 45-minütigen „Skizzen“ über die Nachkriegsge-

innen der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Jean-Claude Pénisset, und die CDU-Bundestagsabgeordnete und BKU-Bundesvorsitzende Marie-Luise Dött, ferner Immobilienfachmann Wolfgang Gruhn, Unternehmer und Honorarkonsul Hermann Gerbaulet und die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Martina Köppen, ebenso aufmerksam wie geduldig zu. Nach ihm bewies der polnische Botschafter

weiter auf Seite 5

Von Empfang zu Empfang

Fortsetzung von Seite 4

Marek Prawda Sinn für fein dosierten Humor, als er eher scherzhaft die Deutschen ermahnte zu bedenken, dass Polen außer Traumata auch ein paar legitime Interessen haben dürfe. Er lobte Gesine Schwan als „Protagonistin des empathischen Gesprächs“, die auch in schwierigen Zeiten stets das Gespräch mit der polnischen Seite gesucht habe. Die Präsidentin der Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und Beauftragte der Bundesregierung für das deutsch-polnische Verhältnis sprach dann auch über neue Chancen für das deutsch-polnische Verhältnis nach dem Regierungswechsel in Warschau und dem Wegfall der Grenzkontrollen. Besonders nachdrücklich betonte sie die Bedeutung von Netzwerken in Politik, Wirtschaft, Kultur

und Bildung für die Versöhnung von Polen und Deutschland. Gesine Schwan machte auch deutlich, dass Polen keine Verschiebung von Verantwortung tolerieren würde. Zu dem geplanten Zentrum, mit dem die Deutschen an die Vertreibungen erinnern wollen, meinte sie, dass es für Polen einfacher sei, dies als rein deutsches Gedenkprojekt zu akzeptieren. Eine Mitverantwortung polnischer Historiker bei der Konzeption würde neue Konflikte provozieren. „Das Projekt würde nicht zu einem Versöhnungswerk, sondern zu einem Spaltpilz“, sagte Gesine Schwan.

Für den LFR waren Juliane von Friesen und Marlies Brouwers zu dem hochinteressanten Abend in die Katholische Akademie gekommen.

Juliane von Friesen

Neujahrsschlusspurt

♦ Selbst in Berlin findet Anfang Februar der Schlusspunkt für die Neujahrsempfangsbesucherinnen und -besucher statt. Auf der Zielgeraden befanden sich am 6. und 10. Februar Marlies Brouwers und Juliane von Friesen schon leicht ausgepumpt. Ziel eins war der Neujahrsempfang der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen, kurz: Üpfi, im Abgeordnetenhaus. Zu den bereits genannten LFR-Vertreterinnen gesellten sich in der bekannt lockeren Atmosphäre der Üpfi-Veranstaltung Anneliese Wolf und Barbara Faccani sowie in mehrfacher Funktion Mechthild Rawert. Ehrengast und Festrednerin 2008 war Dr. Monika Hauser, Ärztin, Gründerin und Vorstandsfrau von medica mondiale. Dieser Verein setzt sich für traumatisierte Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten ein und versteht sich als Anwalt für die Rechte von Frauen, die Sexual- und Kriegsgewalt überlebt haben. Neben medizinischer Versorgung leistet medica mondiale auch politische Menschenrechtsarbeit. Der Vortrag von Monika Hauser beeindruckte sehr und ließ jedes Gemurmel schnell verstummen. Dabei hat Frau sich schon fast daran gewöhnt, dass das Bedürfnis, sich an den Randplätzen ungehemmt bi- oder auch multilateral auszutauschen, im Allgemeinen durch

eine Festrede kaum eingedämmt werden kann. Die gedämpfte Stimmung nach dem Beitrag von Monika Hauser schlug schnell wieder in Heiterkeit und Frohsinn um, als die deutsch-türkische Band „Die Bösen Mädchen“ auftrat. Die sehr jungen Frauen brachten das Kunststück fertig, auch Besucherinnen im eher gesetzten Alter zu rhythmischen Bewegungen zu veranlassen. Die „Bösen Mädchen“-CDs fanden anschließend reißenden Absatz.

Ziel zwei: Der Flughafen Tempelhof. Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus hatte am 10. Februar zu ihrem Jahresempfang geladen. Ja, hier fehlte der Zusatz „Neujahr“ und auch der Inhalt war vielleicht nicht typisch. Es ging vor allem um den Erhalt des Flughafens Tempelhof samt Flugbetrieb über den 31. Oktober 2008 hinaus. Die am Sonntagvormittag zahlreich erschienenen Gäste zogen den persönlichen Redeaustausch vor allem in den hinteren Reihen eindeutig der Konzentration auf die (zu) vielen Redebeiträge von der Bühne herab vor. Tempelhof und die Fortführung des Betriebs schienen den meisten am Herzen zu liegen. Allerdings war der eine oder andere Seufzer darüber zu vernehmen, dass Pro Tempelhof eine reine CDU-Aktion sei.

Juliane von Friesen

Gartenfreunde und Gleichstellung

♦ Trotz heftigen Dauerregens waren am 21. Januar zahlreiche Gartenfreunde und -freundinnen – Letztere im LFR organisiert und stets präsent – ins ICC zu ihrer schon traditionellen Veranstaltung auf der Grünen Woche gekommen. Gastrednerin war in diesem Jahr Dr. Michaela Schreyer. Die frühere EU-Kommissarin und Grünen-Politikerin erläuterte die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union und ihre Auswirkungen auf das nationale Recht in Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EU. Ihre Eingangsfrage lautete: „Europäische Politik – Im Interesse von Frauen?“

Für nicht wenige Zuhörerinnen und Zuhörer, unter ihnen für den LFR Juliane von Friesen und Anneliese Wolf, waren etliche Fakten des kenntnis- und detailreichen Vortrags neu. So blieben die Fragen nach der Einflussnahme Brüssels auf die Bundes- und Landespolitik nicht aus, darunter auch viele kritische. Michaela Schreyer stellte mit ihren sehr gedulden Antworten offensichtlich vorhandene Missverständnisse richtig. Die von einigen der Anwesenden heute vermissten Einrichtungen zur Kinderbetreuung in der ehemaligen DDR wollte sie dann aber doch nicht kommentieren. Der Vormittag endete mit einer Einladung zum Rundgang über die Grüne Woche mit Imbiss im Gartenfreunde-Séparée.

JvF

LandesFrauenRat  Berlin e.V.

**Plenum 17. März:
Besuch beim DHB
Jüdenstraße 16,
13597 Berlin-Spandau**

**Plenum 21. April:
Frauensport in der Breite
und der Spitze
im UCW-Konferenzsaal**

Beginn jeweils 18 Uhr

**Termine im Internet
www.lfr-berlin.de**

Aufruf des DGB zum Internationalen Frauentag 2008

♦ Von gleicher Entlohnung für gleichwertige Arbeit kann in Deutschland noch lange keine Rede sein. In fast keinem anderen EU-Land geht die Lohnschere zwischen Frauen und Männern weiter auf als hierzulande. Deswegen rufen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und BündnispartnerInnen am 8. März 2008 eine bundesweite Kampagne für diskriminierungsfreie Tarifverträge, gerechte Entlohnung, Mindestlöhne, faire Aufstiegs- und Weiterbildungschancen aus. Die Kampagne soll an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Formen bis zum Jahr 2009 laufen.

Der Aufruf

Arbeit ist gut, gute Arbeit besser – doch Frauen schuften häufig über die Maßen und unter Wert. Immer mehr Frauen gehen einer Erwerbstätigkeit nach – und die Haus-, Familien- und Fürsorgearbeit bleibt meist zusätzlich

an ihnen hängen. Mit allen Nachteilen: Frauen sind mehrfach belastet und oft rund um die Uhr eingespannt, sie haben auf dem Arbeitsmarkt die schlechteren Karten.

Von gleicher Entlohnung für gleichwertige Arbeit etwa können Frauen noch immer nur träumen: In Deutschland werden die Frauen im Vergleich zu den Männern europaweit fast am schlechtesten bezahlt. So geht das nicht weiter – die Arbeitsleistung jeder einzelnen Frau ist mehr wert!

Vermeintlich „typische“ Frauenberufe müssen endlich angemessen entlohnt werden – sei es die Betreuung von Kindern oder die Pflege von alten und kranken Menschen: Diese körperlich und seelisch beanspruchende Arbeit sollte der Gesellschaft mehr wert sein. Es ist gut, die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen familiengerecht zu gestalten, doch das allein reicht nicht.

Wir wollen

- ☐ gute Arbeit und guten Lohn
 - ☐ Tarifverträge, die nicht diskriminieren
 - ☐ gerechte Eingruppierung für Löhne und Gehälter in den Unternehmen
 - ☐ Mindestlöhne, um Lohndumping zu verhindern
 - ☐ faire Aufstiegsmöglichkeiten und gute Weiterbildungschancen
 - ☐ gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung in der Privatwirtschaft
- Frauen, lasst nicht zu, dass über Eure Köpfe hinweg entschieden wird! Nutzt die vielfältigen Aktionen am Internationalen Frauentag, macht mit, um übers ganze Jahr bis zum 8. März 2009 Politik, Unternehmen und Öffentlichkeit Eure Anliegen klarzumachen. Und ruft ihnen zu: „Ich bin mehr wert!“

Mehr Infos zur Kampagne im Internet unter www.dgb.de

Die Erfindung des Frauentags - Ursprungsmythen

♦ Der Internationale Frauentag, International Women's Day, wird heute weltweit am 8. März begangen. Im Kampf um die Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen entstanden kann er auf eine lange Tradition zurückblicken. Dabei ist nach wie vor umstritten, an welche Ereignisse er ursprünglich erinnert. Seine Geschichte ist mehrdeutig und durch historisch-ideologische Kontexte beeinflusst.

Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin schlug bei der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen die Einführung eines internationalen Frauentags vor. Soweit ist die Geschichte bekannt und nachvollziehbar. Die Erklärungen zur Wahl des Datums fallen dagegen verschieden aus, denn Zetkin selbst hatte kein bestimmtes Datum vorgeschlagen. Der erste Frauentag wurde am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich und der Schweiz gefeiert. Damit sollte der revolutionäre Charakter des Frauentags hervorgehoben werden, denn der Vortag, der 18. März, war von jeher Gedenktag für die Gefallenen der Märzrevolution 1848.

Am 8. März 1917 – nach russischem Kalender der 23. Februar – streikten in Sankt Petersburg die Arbeiter- und Soldatenfrauen des armen Stadtviertels Wyborg und lösten damit die Februarrevolution aus. Zur Ehre der Rolle der Frauen in dieser Revolution führte die Zweite Internationale Konferenz kommunistischer Frauen 1921 in Moskau den 8. März als internationalen Gedenktag ein. Einer anderen Quelle folgend soll es nach Aufforderung von Alexandra Kollontaj und anderen Vorkämpferinnen Lenin gewesen sein, der 1921 den 8. März zum Internationalen Frauentag erklärte.

Während des Kalten Krieges entstand in Ablehnung der sozialistischen und kommunistischen Tradition eine alternative Herleitung. Danach gilt ein spontaner Streik von Textilarbeiterinnen, der sich am 8. März 1857 in New York ereignet haben soll, als „Geburtsstunde“ des Frauentags. Die Polizei soll ihre Demonstration gegen niedrige Löhne und unzumutbare Arbeitsverhältnisse blutig niedergeschlagen haben, viele Frauen ließen dabei ihr Leben, heißt es. Genau fünfzig Jahre später wurde am 8. März 1907 erstmals an diese Vorfälle

erinnert. Mehrere Historikerinnen haben seit den 1980er Jahren darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Streik von 1857 um eine „Legende“ handelt, die 1955 entstanden sei, um den Frauentag von seiner sowjetischen Vorgeschichte zu lösen. Dabei wurden die konstruierten Ereignisse von 1857 und 1907 zumindest teilweise mit einer tatsächlich stattgefundenen Demonstration vermischt, die die New Yorker Social Democratic Women's Society am 8. März 1908 in New York unter anderem zur Propagierung des Frauenwahlrechts veranstaltete. Kurios: Auch eine Feuerkatastrophe in einer New Yorker Textilfabrik, die am 25. März 1911 vermutlich 146 Näherinnen das Leben kostete, wird gelegentlich im Zusammenhang mit der antibolschewistischen Herleitung des Frauentags erwähnt.

Doch worauf immer sich der Ursprung des Frauentags auch bezieht: Er ist in dem Bestreben entstanden, Heldinnen zu küren, die ohne Rücksicht auf Leib und Leben für eine gerechte Sache gekämpft haben – und deren Kampf wir heute fortsetzen müssen.

Sabine Röhrbein

Der LFR Berlin am Frauentag

♦ Traditionell hat sich der Landes-FrauenRat Berlin jahrelang an der Frauenmesse im Rathaus Charlottenburg beteiligt – und selbstverständlich ist er dabei, wenn sich am 8. März wieder der Vorhang für die UCW-Frauenmesse hebt (nebenstehender Kasten). In dem Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum arbeitet die LFR-Geschäftsstelle in der guten Nachbarschaft der dritten Etage und dorthin lädt der Dachverband der Berliner Frauenorganisationen am Frauentag auch ein. Hier können sich Interessierte über aktuelle frauen- und gleichstellungspolitische Themen informieren, die aktuelle Ausgabe von „Wir Berlinerinnen“ mitnehmen und in alten Heften blättern, Material verschiedener Frauenverbände sichten und mit ihren Vertreterinnen bei einer Tasse Kaffee oder einem Glas Sekt ins Gespräch kommen. Auch der LFR-Vorstand ist an diesem Tag ansprechbar: Von 11 bis etwa 14

Uhr ist die stellvertretende Vorsitzende Marlies Brouwers vor Ort, ab 13 Uhr Schatzmeisterin Anneliese Wolf und ab 15 Uhr die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen. Als besonderes Angebot richtet der LFR Büchertrödel und Buchtauschbörse aus: Wer gut erhaltene Bücher übrig hat, kann diese mitbringen und gegen neue Lektüre tauschen. Gegen eine Spende können auch Krimis, Bildbände, Comics, Sachbücher, Romane und viele Second-Hand-Bücher erworben werden. Die Bücher-kisten sind in Raum 313 zu finden, während Informationsmaterial über den LFR und seine Mitgliedsorganisationen in Raum 303 ausliegt.

Für die Frauenmesse 2008 wurde ein handliches Programmheft mit einer Selbstdarstellung aller UCW-Mieterinnen und einer Übersicht zum Veranstaltungstag entwickelt, das auch schon im Vorfeld beim LFR ausliegt. Mehr unter www.lfr-berlin.de

Frauentag als gesetzlicher Feiertag

♦ Der Internationale Frauentag am 8. März soll gesetzlicher Gedenk- und Feiertag werden. Das zumindest hat der ver.di-Landesbezirksfrauenrat Hamburg im November 2007 vom Hamburger Senat gefordert. Die Initiatorinnen wollen der „Errungenschaften der Arbeiterinnen- und Frauenbewegung und unserer vielen, vor allem namenloser Heldinnen, die für Frauenrechte streikten, gedenken“, heißt es in der Begründung. Gleichzeitig wollen sie „daran erinnern, dass die Rechte der Frauen immer noch weit entfernt von denen der Männer sind“. Der 8. März soll zunächst in der Hansestadt gesetzlicher Feiertag werden. Doch die Initiative hat inzwischen auch bundesweit Unterstützerinnen gefunden. „Wir rufen zugleich alle Frauenverbände und -organisationen auf, sich unserer Forderung anzuschließen“, bitten die Hamburgerinnen um Unterstützung. „Wir Frauen sind nur scheinbar gleichberechtigt. Zurzeit gelten ‚alte Werte‘ wieder als schick: Unser Glück soll in der Kindererziehung liegen. Ältere Familienmitglieder sollen wir zuhause pflegen. Ganztags-Kita-Plätze und vernünftige Konzepte für würdevolles,

altersgerechtes Leben sind angeblich nicht zu finanzieren“, heißt es im Forderungskatalog an den Hamburger Senat. „Unsere Realität ist: Wir werden derzeit systematisch aus dem Erwerbsleben gedrängt. Armut ist immer noch weiblich. Die in 150 Jahren erkämpften Frauenrechte drohen eine Rolle rückwärts zu erleben. Immer noch kann ein Großteil der Frauen ihr Leben nicht durch ihrer Hände Arbeit finanzieren. Sie bleiben abhängig vom Mann und von staatlichen Zuwendungen.“ Der Gedenk- und Feiertag soll helfen, dem ein Ende zu setzen. Für sie ist klar: „Der 8. März muss ein gesetzlicher Gedenk- und Feiertag für Frauenrechte werden, da es notwendig ist, der Forderung nach wirklicher Gleichstellung einen besonderen Platz in dieser Gesellschaft zu geben.“

Die Hamburgerinnen wollen am 8. März 2008 im Rathaus einen Entwurf für ein novelliertes Landesfeiertagsgesetz einreichen. *sbr*

Kontakt: Landesbezirksfrauenrat ver.di Hamburg, Gabriela Schmidt, Heike Schlesinger, E-Mail: verdi.frauen.hamburg@email.de

Neues aus dem UCW

Frauenmesse 2008

♦ Am diesjährigen Internationalen Frauentag öffnet das Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW) zum zweiten Mal seine Pforten für die Frauenmesse. Wie gut, dass der 8. März diesmal auf einen Samstag fällt: Nach der Premiere 2007 haben Frauen (und andere Menschen) dadurch von 11 bis 19 Uhr jede Menge Zeit, mit den Unternehmerinnen ins Gespräch zu kommen, ihre Dienstleistungen kennenzulernen, sich beraten und durch Vorträge informieren zu lassen. Seit 1993 fand die bezirkliche Frauenmesse im Rathaus Charlottenburg statt. Bewusst wurde sie dann ins UCW verlegt, denn eine Messe von Frauen für Frauen sollte an einem Ort stattfinden, an dem Unternehmerinnen und Gründerinnen mit Frauenverbänden Tür an Tür arbeiten, sich gegenseitig unterstützen und dadurch neue Netzwerke knüpfen. Dabei stehen den Messebummlerinnen nicht nur die Türen der UCW-Mieterinnen offen. Eine Vielzahl von Ständen und Angeboten sind vorbereitet. So präsentiert sich zum Beispiel der LFR-Mitgliedsverein NIKE – Polnische Frauen in Wirtschaft und Kultur in der vierten Etage. Die Veranstaltungsmanagerin Inga Beiersmann öffnet von 14 bis 15 Uhr ihr Marketing-Café und lädt von 17 bis 18 Uhr zu einer interaktiven Lesung „Erlebe Weisheit“ ein (Anmeldung per Mail an kontakt@ihre-komplizin.de), während die Finanzdienstleisterin Margarete Krümpel um 18 Uhr einen Frauen-Investmentclub gründen will, Peta Woschny-Lautner in ihrer Praxis „Im Lot“ um 15 Uhr eine Bewegungsmeditation (beide Raum 301) und Renate Stein verschiedene Vorträge zu Entspannungsmethoden anbietet (13, 15, 16.30 Uhr Raum 115/116). Um 14 Uhr können Interessierte mit Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen von der Gedächtniskirche zu einem Kiezspaziergang starten – Ziel ist die UCW-Frauenmesse. *sbr*
Internet: www.lfr-berlin.de und www.ucw-berlin.de

Berliner Veranstaltungsreigen zum Frauentag

♦ Am Weltfrauentag haben Frauen freien Eintritt bei der CeBIT in Hannover und ist Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) Schirmherrin des Women@CeBIT, dem Kongress zur Zukunft der Frauen in der Informations- und Kommunikationstechnikbranche, während in Düsseldorf die deutsche Nobelpreisträgerin Prof. Dr. Christiane Nüsslein-Volhard mit dem Soroptimist International Deutschland Förderpreis 2008 für ihr Engagement zur Verbesserung der Stellung der Frau in der Gesellschaft ausgezeichnet wird.

In der Hauptstadt schlägt derweil der Frauenmärz Wurzeln: In Charlottenburg-Wilmersdorf haben die Frauenbeauftragte und das Frauenforum vom 1. bis zum 31. März das Programm „Starke Frauen – starke Stadt“ organisiert (Infos: www.charlottenburg-wilmersdorf.de, Flyer in der LFR-Geschäftsstelle). In Friedrichshain-Kreuzberg stehen vom 3. bis 14. März unter dem Motto „Ein starker Bezirk braucht starke Frauen“ Arbeitsmarktpolitik, soziale Kompetenzen und interkulturelle Öffnung im Mittelpunkt (Infos: Frauenbüro, Telefon: 902 98-41 09,

E-Mail: brigitte.westphal@ba-fk.verwalt-berlin.de). Im Bezirk Lichtenberg sind Frauentage unter der Überschrift „Was uns bewegt – was wir bewegen: Frauenbilder in den Medien“ für den 7. bis 14. März vorbereitet (Infos: www.frauennetzwerk-berlin-lichtenberg.de). In Tempelhof-Schöneberg fiel bereits am 29. Februar der Startschuss für einen ganzen Frauenmonat mit Kultur, Geschichte, Führungen und Politik (www.frauenmaerz.de). Der Arbeitskreis Frauen in Neukölln und die Neuköllner Gleichstellungsbeauftragte laden am 13. März von 11 bis 18 Uhr zur Informationsbörse ins Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Straße 83 (Internet: www.berlin.de/ba-neukoelln/gleichstellungsbeauftragte). Im Berliner Südwesten heißt es am Frauentag von 16 bis 21 Uhr im Gemeindehaus der Paulus-Kirchengemeinde „Vielfältige Lebensentwürfe für Frauen – Mädchen und Frauen aus aller Welt in Steglitz-Zehlendorf“ bei der Fraueninformationsbörse mit Begleitprogramm.

Zu den Höhepunkten gehört ohne Zweifel die Reihe „Beauvoir in Berlin“ vom 7. bis 9. März, für deren Konzep-

tion Alice Schwarzer verantwortlich zeichnet. Anlässlich des 100. Geburtstages von Simone de Beauvoir am 9. Januar 2008 stehen Debatten, Lesungen, Filme und eine Foto-Ausstellung zur Auswahl – darunter ein Zwiegespräch zwischen Marlene Streeruwitz und Julia Franck (7. März, 16.30 Uhr) und Alice Schwarzer im Gespräch über die Beauvoir (9. März, 10 Uhr; alle Infos unter www.kulturfrankreich.de).

Ein überregionaler Impuls soll von der Auftaktveranstaltung des Projekts „Femme digitale IT – Kompetenz für Frauen im Handwerk“ ausgehen, die 7. März um 11.30 Uhr beim Zentralverband des Deutschen Handwerks in Mitte stattfindet: „Probleme mit unseren Computern haben wir nicht, wir beißen uns so durch“, so die Einschätzung vieler Handwerksbetriebe. Mit den provisorischen IT-Lösungen arbeiten vor allem Frauen, denn in Deutschland sind etwa 75 Prozent aller Handwerksunternehmen Familienbetriebe, in denen häufig Mit-Chefinnen, Töchter oder Schwiegertöchter die Verwaltungsaufgaben managen. Das Projekt Femme digitale will deshalb Unternehmerfrauen und Unternehmerinnen im Handwerk unterstützen, die PC-Nutzung zu optimieren und die eigene Firma gut im Internet zu präsentieren – schließlich verbessern moderne IT-Lösungen die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit (Infos: www.ec-net.de/femme-digitale und per E-Mail an bv-ufh.geschaeftsstelle@zdh.de).

Beim Lady's Stammtisch im Rathaus Köpenick sind Unternehmerinnen am 4. März um 19 Uhr im Dialog mit Frauenstaatssekretärin Almuth Nehring-Venus (Linke). Nichtmitglieder zahlen 10 Euro (Anmeldung: 902 97-41 33, E-Mail: GroLadiesstammtisch@gmx.de, Infos: www.ladiesstammtisch.com). Zu einem richtigen Frauentag gehört auch eine Demonstration: Um 13 Uhr geht es am 8. März um „Solidarität mit den Frauen im Iran, Afghanistan und weltweit“. Treffpunkt ist am Frankfurter Tor, die Abschlusskundgebung an der Luxemburg-Gedenkstätte in Friedrichsfelde geplant (Aufruf im Internet: cosmoproletarian-solidarity.blogspot.com). sbr

18. Brandenburgische Frauenwoche

♦ Mit dem Motto „FrauenStärken leben – mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten“ ist die nun schon traditionelle Brandenburgische Frauenwoche 2008 überschrieben. Am 6. März hebt sich mit der landesweiten Auftaktveranstaltung des Frauenpolitischen Rats der Vorhang für die nunmehr 18. Auflage. Die Fachtagung unter dem gleichnamigen Titel findet in der Zeit von 10 bis 16 Uhr im Tagungshaus BlauArt, Insel Hermannswerder 23 in 14473 Potsdam, statt. Im Anschluss starten in den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Vielzahl von Veranstaltungen von Frauen für Frauen.

Vor dem Hintergrund der 2008 in Brandenburg stattfindenden Kommunalwahlen wird die Fachtagung auf die Mitwirkung von Frauen auf kommunaler Ebene eingehen und kommunale Gestaltungsspielräume aufzeigen, aber auch Raum für die Problematik vor Ort geben. Mit dieser

Veranstaltung will der Frauenpolitische Rat die Kompetenzen von Frauen stärken, sie zu politischer Beteiligung ermutigen, ihnen Anregungen geben und den Austausch untereinander fördern. Nach der für den Vormittag geplanten Diskussionsrunde mit Akteurinnen aus der Kommunalpolitik – die Brandenburgs Sozialministerin und Landesgleichstellungsbeauftragte Dagmar Ziegler mit einem Impulsreferat zur „Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungsprozessen“ einleitet – können sich die Teilnehmerinnen am Nachmittag im Rahmen des World-Cafés aktiv an der Diskussion beteiligen.

Weitere Informationen zur Tagung sowie den Aktionen und Veranstaltungen vom Frauentagsbrunch über den Filmabend bis hin zum Politalk findet auch die interessierte Berlinerin unter www.frauenrat-brandenburg.de im Internet.

In Vielfalt geeint - ohne Frauen kein interkultureller Dialog

Gedanken zum EU-Jahr und Frauentag von Lissy Gröner, MdEP

♦ Eine der großen Stärken und Besonderheiten der Europäischen Union ist ihre kulturelle Vielfalt. Die Globalisierung, die Erweiterungen der Europäischen Union und die Liberalisierung der Arbeitsmärkte haben in vielen Ländern zu einem Mehr an kulturellem Austausch, einer höheren Zahl an Sprachen und ethnischen und kulturellen Hintergründen geführt. Zwei Drittel aller EuropäerInnen haben mittlerweile tagtäglich mit einer Person anderen ethnischen, nationalen oder religiösen Hintergrunds zu tun und laut einer Eurobarometer Umfrage empfinden mehr als 70 Prozent der Befragten diese Beziehungen als positiv und bereichernd. Dennoch erfordert die Zunahme der kulturellen Vielfalt auch einen verstärkten Dialog der Kulturen, um den immer wieder aufkeimenden nationalistischen und intoleranten Stimmen Europas Einhalt zu gebieten und ihnen vehement mit gegenseitigem Verständnis und Toleranz entgegenzutreten. In Folge dessen, und auch zur Förderung der europäischen Identität und Staatsbürgerschaft, haben das EU-Parlament und der Rat 2008 als das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs ausgerufen.

Frauen im interkulturellen Dialog

Den Startschuss für die Kampagne mit dem Motto „In Vielfalt geeint“, die das Jahr begleitet und bewirbt, hat der Kulturausschuss des EU-Parlaments im Dezember 2007 gegeben. Insgesamt wurde für das Jahr ein Budget von 10 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt bereitgestellt, welches durch weitere nationale Mittel ergänzt werden soll. Aus diesen Mitteln wird eine Vielzahl von Aktivitäten in ganz Europa bezuschusst. Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich am Projekt Europa zu beteiligen und sich mit unserem reichen kulturellen Erbe und den verschiedenen Kulturen zu befassen.

Frauen spielen im interkulturellen Dialog eine besondere Rolle. Sie stellen 45 Prozent der MigrantInnen in der EU dar. Trotz ihrer deutlichen Beteili-

gung an der gelebten kulturellen Vielfalt, ihrer Mitgestaltung an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, in dem sie leben, sind Migrantinnen am stärksten von Armut und Ausgrenzung betroffen und Opfer von vielfachen Diskriminierungen. Will man dieser Tatsache Rechnung tragen und die besondere Lage von Migrantinnen in alle entsprechenden Politikbereiche einbeziehen? Die Frauen so aus der Unsichtbarkeit herausholen? Oder werden religiöse Führer unter sich und über die Köpfe der Frauen hinweg die Weichen für die Zukunft stellen?

Kosenquent gegen Genitalverstümmelung

Europa hat im „Fahrplan zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern 2006-2010“ gefordert, dass Geschlechtergleichstellung in der Integrationspolitik der EU fest verankert wird. Das Thema des diesjährigen Internationalen Frauentages 2008 im Europäischen Parlament ist die Rolle der Frauen im interkulturellen Dialog. Ein Schwerpunkt für die Sozialdemokratische Fraktion ist die Ausrottung der frauenverachtenden Praxis der Genitalverstümmelung. Durch die vermehrte internationale Immigration wird diese Menschenrechtsverletzung auch für Europa ein immer präsenteres Thema. Weltweit schätzt die Weltgesundheitsorganisation 130 Millionen verstümmelter Frauen – in Europa sollen bis zu 500.000 Frauen und Mädchen verstümmelt oder von dem Risiko, verstümmelt zu werden, bedroht sein. Die Gesetzeslage ist klar, jedoch das Verbot in allen EU-Ländern wird unterlaufen. Eine gemeinsame Strategie der EU und der Mitgliedsländer, um diese Menschenrechtsverletzung an Frauen und Mädchen zu beenden, ist überfällig. Bildung und soziale Gerechtigkeit sind die wesentlichen Voraussetzungen zur Lösung von Integrationsproblemen.

Gerade in traditionell religiösen Gruppen, vor allem aber in moslemisch geprägten Gesellschaften sind Frauen vielfältig diskriminiert. Kritisch hinterfrage ich deshalb die Rolle von Kir-

chenführern und religiösen Institutionen. Der interkulturelle Dialog muss gerade die Aufklärung und die humanistischen Werte, auf denen Europa fußt, offensiv vertreten. Meine Besorgnis wird durch die Entscheidung des konservativ geprägten Präsidiums des EU-Parlaments bestätigt, dass zur Auftaktveranstaltung zwar zehn Repräsentanten unterschiedlicher Glaubensrichtungen, aber nur eine Frau und keine humanistische Denkrichtung eingeladen wurden.

Die Werte Europas stehen im Grundlagenvertrag und sind in der Charta der Grundrechte für rund 450 Millionen EuropäerInnen als einklagbare Rechte festgeschrieben. Die Menschenwürde bildet das Fundament internationalen Völkerrechts und ist ebenso Basis des deutschen Grundgesetzes wie vieler anderer nationaler Verfassungen. Im Jahr des interkulturellen Dialogs sollte das ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürgern verankert, und sie zu Verbündeten im Kampf gegen jegliche Diskriminierung gemacht werden.

Eindeutiges Votum gegen Diskriminierung

Der Europa-Vertrag spricht in Artikel 13 eine eindeutige Sprache: „...geeignete Vorkehrungen zu treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen“. Interkultureller Dialog, wie ich ihn verstehe, setzt in einem breiten Kontext ein, der auch die Sozial-, Beschäftigungs- und Bildungspolitik umfasst. Echte Chancengleichheit und Integration heißt: friedliches Miteinander zum Nutzen aller.

Die SPD-Europaabgeordnete Lissy Gröner ist Frauenpolitische Sprecherin der SPE-Fraktion. Aktuelle Stellungnahmen (unter anderem zum Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2008) sind unter www.lissy-groener.de zu finden.

<i>Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin e.V. und seiner Mitgliedsverbände</i> Wir Berlinerinnen <i>Informationen • Berichte • Meinungen • Veranstaltungen •</i>	<i>Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin e.V. und seiner Mitgliedsverbände</i> Wir Berlinerinnen <i>Informationen • Berichte • Meinungen • Veranstaltungen •</i>
Wir Berlinerinnen <i>Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin und seiner Mitgliedsverbände</i>	Wir Berlinerinnen <i>Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin und seiner Mitgliedsverbände</i>

Wir Berlinerinnen - Kaleidoskop der Frauengeschichte

♦ Berichte über die gemeinsame Tagung des Deutschen Frauenrats und der Landesfrauenräte, Frauen im Strafvollzug und eine TV-Sendung unter dem Motto „Frauen fragen den Bundespräsidenten“ sowie der Rückblick auf einen Empfang des LandesFrauenRats im Reichstagsgebäude mit der Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger - dies waren die Beiträge in der ersten Ausgabe von „Wir Berlinerinnen“ im August 1982. Es war eine 46-seitige Doppelnummer, deren Seitenzahlen per Hand geschrieben waren und deren Rückseite den Schriftzug „(Rückseite)“ trug. Verantwortlich für die Redaktion zeichnete Gisela Gassen, die erste LFR-Geschäftsführerin. Sie trat am 1. März 1982 ihre 20-Stunden-Stelle beim LandesFrauenRat an, der damals in der Bayreuther Straße 41 residierte. Erst durch die Hauptamtliche wurde gut drei Jahre nach Gründung des Dachverbandes der Berliner Frauenorganisationen solch eine regelmäßige Publikation möglich, die aktuelle frau-

enpolitische Fragen aufgriff und über die Aktivitäten des LFR und seiner Mitgliedsorganisationen informierte. „Im Juni 1982 wurde die Broschüre über die Selbstdarstellung der Mitgliedsverbände fertiggestellt; zum gleichen Zeitpunkt erschien die erste Ausgabe unserer Zeitung ‚Wir Berlinerinnen‘, zunächst in einer kleinen Auflage, die in der Folge wegen großer Nachfrage erhöht werden mußte. Diese vierteljährlich erscheinende Veröffentlichung hat in und außerhalb Berlins Anklang gefunden“, heißt es im Rechenschaftsbericht des LFR-Vorstandes, der selbstverständlich in „Wir Berlinerinnen“ zu lesen war (Nr. 9 März 1984).

Pressespiegel, die Übernahme frauenspezifischer Beiträge aus diversen Zeitschriften, Buchtipps und Porträts historischer Frauenpersönlichkeiten, der Abdruck von Pressemitteilungen und Gesetzestexten, Hinweise auf Veranstaltungen und Positionen der Mitgliedsorganisationen sowie Einladungen des LFR zum „Frauenparla-

ment“ und zur „Berlin-Woche“, daneben eine vielfältige Palette der Themen von „Arbeitsmarkt“ bis „Zebrastreifen“ sind ein schier unerschöpfliches Kaleidoskop der Berliner Frauengeschichte.

Erstellt wurde „Wir Berlinerinnen“ stets in Handarbeit mit dem Kopierer. Das war zur Premiere nicht anders als bei der 100. Jubiläumsausgabe. Allerdings sorgt heute moderne PC-Technologie für ein professionelleres Erscheinungsbild. 1996 klagten die LFR-Vorstandsfrauen noch über viele Tippfehler, die nicht mehr korrigiert werden konnten, weil sie für die Produktion keinen Computer zur Verfügung hatten.

Im kommenden Jahr feiert der LandesFrauenRat sein 30-jähriges Bestehen. Das Jubiläum von „Wir Berlinerinnen“ ist der kleine Vorbote. Bei der UCW-Frauenmesse am 8. März können die Besucherinnen in den alten Ausgaben blättern, Namen und Ereignisse von einst wiederentdecken und sich erinnern... *Sabine Röhrbein*

Wir Berlinerinnen LandesFrauenRat Berlin e.V. 98/September 2007		Wir Berlinerinnen LandesFrauenRat Berlin e.V. 99/Dezember 2007	
---	---	--	---

Grußworte zur 100. Ausgabe

Zur 100. Ausgabe von „Wir Berlinerinnen“, dem Publikationsorgan des LandesFrauenRats Berlin e.V., einen herzlichen Glückwunsch und ein ebenso herzliches Dankeschön! Glückwunsch zu der Kontinuität aktueller, interessanter und gleichbleibend seriöser vierteljährlicher Berichterstattung über wichtige Ereignisse, politische und gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen, Strömungen, Stimmungen, Hintergründe! Wir alle, die wir Mitglieder im LandesFrauenRat sind, können in unserer Arbeit für die Frauen in der Metropole ganz konkret und handfest davon profitieren. Dankeschön für die Aufmerksamkeit, die auch wir mit unserer seit mehr als 100 Jahren in der Stadt geleisteten Arbeit bei „Wir Berlinerinnen“ immer einmal wieder finden und für die Unterstützung, die uns der Lan-

desFrauenRat unter anderem auch dadurch gibt! Gern werden wir in die Interessenvertretung der Berlinerinnen durch den LandesFrauenRat auch zukünftig die Erfahrungen aus unserer Arbeit einbringen, die wir mit über 150 hauptamtlichen, mit nahezu 200 in unseren Werkstätten Beschäftigten und mit zahlreichen Ehrenamtlichen in der Betreuung und Versorgung von in physische und psychische Not geratene oder körperlich oder geistig behinderte Frauen und Mädchen leisten. Weiter so: Wir alle arbeiten, jeder auf seinem speziellen „Feld“, gemeinsam an einer guten Sache und erfüllen in unserer Großstadtgemeinschaft eine wichtige Aufgabe!

*Annegret Strauch-Lamers,
Vorstand Sozialdienst
katholischer Frauen Berlin*

Herzlichen Glückwunsch zur 100. Ausgabe „Wir Berlinerinnen“. Über viele Jahre haben Sie uns über diese Mitgliedszeitschrift über frauenspezifische und -politische Themen informiert, Sie haben aktuelle Debatten aufgegriffen, kontroverse Diskussionen geführt und über die Arbeit des LFR berichtet. Und Sie stellten interessante Sachbücher vor und informierten über interessante Veranstaltungen. Wir, die Verbandsmitglieder, hatten die Möglichkeit uns vorzustellen und über unsere Arbeit und Veranstaltungen zu berichten. Sie haben

unsere Beiträge, Kommentare und Anregungen veröffentlicht. Dafür danken wir Ihnen, es waren bunt gemischte Nachrichten und Informationen. Wir freuen uns, auf weitere umfassende Informationen, die wir gerne und mit Interesse lesen werden. Und wir danken Ihnen, dass wir auch weiterhin die Möglichkeit haben, über uns zu berichten. Alles Gute und noch viel Power.

*Angelika Streich,
Katholische Frauengemeinschaft
Deutschland im Erzbistum Berlin*

Herzlichen Glückwunsch zur 100. Ausgabe von „Wir Berlinerinnen“ von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen! Ich gratuliere allen Frauen, die an den 100 Ausgaben mitgewirkt haben und danke Ihnen für tolle Artikel, aktuelle Informationen und einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung von Frauen in Berlin. „Wir Berlinerinnen“ sorgt nicht nur dafür, dass wir uns kennenlernen, sondern auch wissen, an welchen Stellen und für welche Themen sich Frauen engagieren und für die Rechte von Frauen einsetzen. Die Tatsache, dass Frauen in Wirtschaft, Arbeitsleben, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft noch immer nicht gleichgestellt und vor

allem an der Spitze nicht ausreichend vertreten sind, erfordert eine weiter sehr engagierte Politik von Frauen für Frauen. Die ASF vertritt die Interessen von Frauen innerhalb und außerhalb der SPD und setzt sich für die Gleichstellung in allen Lebensbereichen ein. Als Mitglied des LandesFrauenRates arbeiten wir eng mit den Berliner Frauenverbänden und -organisationen zusammen und legen großen Wert auf die Vernetzung von Frauen. Ich wünsche „Wir Berlinerinnen“ alles Gute und freue mich auf die nächsten 100 Ausgaben.

*Dr. Eva Högl,
ASF-Landesvorsitzende Berlin*

Vor 25 Jahren

Rollenwandel der Frau

Es muß anerkannt und als selbstverständlich empfunden werden, daß Männer wie Frauen für Haushaltsführung und Kindererziehung gleichermaßen befähigt, zuständig und verantwortlich sind.

„Wir Berlinerinnen“ Nr. 5 vom März 1983 aus Positionspapier der Berliner CDU zur innerparteilichen Diskussion.

Vor 9 Jahren

Pflicht des Staates

Die staatliche Verpflichtung, an der Beseitigung bestehender Benachteiligungen aktiv mitzuwirken, verbietet eine halbherzige Frauenpolitik der Ankündigungen und Verströungen der Frauen auf den Sanktimmerleinstag.

Frauenministerin Christine Bergmann in „Wir Berlinerinnen“ Nr. 69 vom Juni 1999 (aus „Emma“).

Vor 22 Jahren

Frauen in der Politik

Mit Prof. Rita Süßmuth hat die sechste Frau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (nach Aenne Brauksiepe, Elisabeth Schwarzhaupt, Käthe Stöbel, Katharina Focke und Antje Huber) das Amt der Familienministerin übernommen. Zur Frage der Beteiligung von Frauen in der Politik meint die Ministerin: „Auf jeden Fall darf die Frau nicht mehr die einsame Vertreterin in einer rein männlichen Runde sein. Optimal wäre eine am Frauenanteil in der Bevölkerung orientierte Zahl. Aber das wird noch lange dauern. Realistischer wäre ein Anteil, der etwa dem der parteilich organisierten Frauen entspricht.“

„Wir Berlinerinnen“ Nr. 17 vom März 1986 (Spiegel der Frauenpublizistik)

Teilzeitbeschäftigt - und nicht für voll genommen

Geblättert in „Wir Berlinerinnen“ von Corinna Bodden

♦ Bereits in der ersten Ausgabe von „Wir Berlinerinnen“ 1982 wurde Teilzeitarbeit zum Thema gemacht und kritisch beleuchtet (siehe Kasten). Autorin dieses Artikels war die langjährige Vorsitzende des Landesfrauenrats Berlin Gisela Gassen. Auch in den darauf folgenden Jahren diskutierte der Landesfrauenrat kontrovers über die Chancen und Risiken von Teilzeitbeschäftigung für Frauen. Einerseits wurde die Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Kindererziehung und Erwerbstätigkeit herausgestellt, andererseits zeigte man die Nachteile wie Einbußen an Einkommen und geringe Aufstiegsmöglichkeiten auf. Heutzutage ist Teilzeitarbeit immer noch eine Frauendomäne. Die geschlechtsspezifische Spaltung des Arbeitsmarktes nach Arbeitszeit ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. 84 Prozent der Teilzeitzkräfte in der Bundesrepublik Deutschland sind Frauen, in Berlin beträgt ihr Anteil 69 Prozent.

Auch die Gründe für die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung sind geschlechtsspezifisch. Frauen arbeiten größtenteils wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtung in Teilzeit, während dieser Grund für Männer nur eine marginale Rolle spielt und Teilzeitarbeit aus finanziellen Gründen und geringen Karrieremöglichkeiten abgelehnt wird. Männer nutzen die Teilzeit vornehmlich dann, wenn sie aus dem Erwerbsleben ausscheiden, Frauen sind meist in der aktiven Familienphase, etwa im Alter von 30 bis 44 Jahren, teilzeitbeschäftigt. Die traditionelle Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit begründet den hohen Teilzeitanteil von Frauen.

Gesetzliche Regelung

Seit Januar 2001 regelt das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) die Bedingungen für Teilzeitarbeit. Paragraph 4 beinhaltet ein Verbot der Diskriminierung Teilzeitbeschäftigter. ArbeitnehmerInnen haben einen Anspruch auf einen Teilzeitarbeitsplatz, wenn sie mehr als sechs Monate beschäftigt waren und bei einer Beschäftigtenzahl von mehr als 15 Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmern im Unternehmen. Der Rechtsanspruch wird dadurch begrenzt, dass der Arbeitgeber diesen Teilzeitwunsch aus betrieblichen Gründen ablehnen kann. Wünschen Teilzeitbeschäftigte eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit, so sollen sie bei der Besetzung eines freien Arbeitsplatzes entsprechend berücksichtigt werden.

Vor 26 Jahren

Teilzeitarbeit

Während es beispielsweise 1980 noch 4,2 Prozent arbeitslose Frauen gab ist die Zahl in diesem Jahr auf 7,7 Prozent angestiegen. Es fehlen vor allen Dingen Teilzeitarbeitsplätze. ‚Teilzeitarbeit‘, so heißt es in der Sonderinformation des Bundesfrauensekretariats, ‚entspricht den Wünschen vieler Frauen, die wegen der Erfüllung ihrer familiären Aufgaben nur zeitlich begrenzt einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Wir haben eine Teilzeitbeschäftigungsquote von 21,9 Prozent (1400200 Frauen, 103400 Männer), davon 16,4 Prozent im Öffentlichen Dienst. Rund 180000 arbeitslose Frauen suchen einen Teilzeitarbeitsplatz. Das sind rund ein Drittel aller weiblichen Arbeitslosen‘. Teilzeitarbeit ist aber keine berufliche Zukunftsperspektive für Frauen und schon gar keine Möglichkeit, Karriere zu machen. Es ist wichtig, die Nachteile der Teilzeitarbeit (und Job-sharing) aufzuzeigen, um Entscheidungshilfen zu geben, weil darüber hinaus Arbeitgeber zunehmend Vollzeitarbeitsplätze in ‚Teilzeitarbeitsplätze‘ oder ‚Job-sharing‘ umwandeln wollen...

Teilzeitarbeit bedeutet: überwiegend weniger qualifizierte Arbeit. Wer Teilzeit arbeitet, wird damit beinahe automatisch von einer beruflichen Weiterqualifikation ausgeschlossen. Auch Aufstiegsmöglichkeiten sind kaum gegeben.“

Gisela Gassen in „Wir Berlinerinnen“, Nr. 1/2, August 1982

Karrierekiller Teilzeitarbeit

Teilzeitstellen bieten kaum Aussicht auf Beförderung, teilzeitbeschäftigte Frauen in Führungspositionen sind ausgesprochen selten. Hier dominiert das Vollzeitarbeitsmuster. Hinzu kommt bei vielen ArbeitgeberInnen der vorhandene Wunsch nach ständiger Erreichbarkeit ihrer ArbeitnehmerInnen. Teilzeit widerspricht dieser verwurzelten Vorstellung einer 100prozentigen Verfügbarkeit, was schnell zur Infragestellung von Kompetenz und Leistungsbereitschaft führt.

Existenzsicherndes Einkommen

Teilzeitbeschäftigte Frauen arbeiten häufig im Niedriglohnsektor oder in ungeschützten, nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Sie beziehen überdurchschnittlich oft gleichzeitig Erwerbseinkommen und Grundsicherungsleistung nach dem SGB II. Nur verheiratete Frauen, die durch den Verdienst des Mannes abgesichert sind, können sich solch eine Beschäftigung finanziell leisten. Sie sind weiterhin zuständig für die unbezahlte Reproduktionsarbeit und bleiben vom Ehemann oder Partner abhängig. Oft besteht der Wunsch nach einer Vollzeitstelle, Teilzeitarbeit wird nur als eine Notlösung angesehen.

Eine eigene Existenzsicherung für Frauen ist unerlässlich. Das bedeutet eine Abkehr vom Ernährermodell, das Frauen nur einen Zuverdienst zugesteht. Existenzsicherndes Einkommen kann nur durch eine angemessene Entlohnung erreicht werden.

Die Autorin und Diplom-Politologin Corinna Bodden ist Vorstandsmitglied im ver.di Landesbezirksfrauenrat Berlin-Brandenburg und Mitglied im ver.di Bezirksfrauenrat Berlin.



Auf Du und Du mit der Technik?

Geblättert in „Wir Berlinerinnen“ von Nora Kuhle

♦ Zwanzig Jahre ist es her, dass Kurt Weichler, inzwischen seit 2003 Professor für Journalismus und Medien an der FH Gelsenkirchen, in der Ausgabe 27 vom Dezember 1988 von „Wir Berlinerinnen“ (zitiert aus der „Brigitte“ 20/88), zehn Berufe vorstellte, welche er vor allem für Frauen als „spannend, aussichtsreich [und] gut bezahlt“ befand. Was jedoch wurde aus dieser optimistischen Prognose?

Von Event zu Event

Besonders soziale und kommunikative Kompetenzen sind in den damals vorgestellten Berufen der Freizeitberaterin und Kulturmanagerin gefragt, die heute in etwa dem Berufsbild der Veranstaltungskauffrau und Eventmanagerin entsprechen. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) sind Frauen mit bis zu 50 Prozent am Anteil der Beschäftigten in diesen Berufen nahezu gleich vertreten wie Männer.

Zukunftsjob bei der BSR?

Jedoch versuchte Weichler, Frauen vor allem die eher technisch orientierten Berufe, wie zum Beispiel der Ingenieurin für Veranstaltungs- und Theatertechnik oder der Kommunikations-Elektronikerin nahe zu bringen. Diese Branchen sind jedoch auch nach 20 Jahren noch immer eindeutig männerdominiert. So arbeiteten laut IAB 2006 gerade einmal 5,7 Prozent Frauen in der Telekommunikationstechnik. Am stärksten vertreten sind Frauen in der Bühnen-, Bild- und Ton-technik mit 31,2 Prozent.

Das Einrichten und Warten von Maschinen spielt auch in den damals vorgestellten Berufsfeldern der Ver- und Entsorgerin sowie der Lebensmitteltechnikerin eine Rolle. Kurt Weichler bezeichnete die Zukunftsaussichten der Ver- und Entsorgerin zwar als „krisenfest und zukunftsorientierte Arbeitsplätze“, jedoch zeigen Daten des IAB, dass in dieser Branche 2006 insgesamt gerade mal 2,6 Prozent Frauen arbeiteten. Der Geschäftsbericht der Berliner Stadtreinigung BSR von 2006 verdeutlicht eine tendenziell andere Entwicklung:

„In elf Berufen einschließlich des Studiums an der Berufsakademie Berlin (BA) bildete die BSR zum 31. Dezember 2006 insgesamt 202, darunter 56 weibliche, Auszubildende aus. In der kaufmännischen Ausbildung beträgt der Frauenanteil 62 Prozent, im Studium an der Berufsakademie Berlin 50 Prozent und in der gewerblich-technischen Ausbildung 7 Prozent.“

Um die geschlechterhierarchische Zweiteilung im Bereich der Lebensmitteltechnologie zu verhindern, besetzte die TFH Berlin vor kurzem eine Gender- und Innovationsprofessur. Dem gegenüber zeigen Daten für das Wintersemester 05/06 der TU Berlin, dass Frauen hier im Studiengang Lebensmitteltechnologie mit fast 60 Prozent stärker vertreten sind und im Vergleich zu ihren männlichen Kommilitonen auch bessere Prüfungen ablegen.

Frauen in den Medien

Über kommunikative und technische Kenntnisse sollten die 1988 von Weichler vorgestellten Technischen Redakteurinnen verfügen. Der im Verlag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erscheinende Hochschulanzeiger (Ausgabe 87) beschrieb 2006, dass „der einzige wirklich entspannte Teilarbeitsmarkt in der Medienbranche [...] die Technische Redaktion sein [dürfte]“ und „seit Jahren akuter Fachkräftemangel“ herrscht. Laut Experten haben es in diesem Berufsfeld jedoch Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger aus den Ingenieurwissenschaften (90 Prozent Männer) dank ihres technischen Grundwissens leichter, als Journalistinnen und Journalisten oder Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler (50 Prozent Frauen).

Ausbildungsmarkt heute

In seinem Berufsbildungsbericht 2007 stellte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für das Jahr 2006 einen Anstieg neu abgeschlossener Ausbildungsverträge um 4,7 Prozent fest. Insgesamt betrug der Frauenanteil an den Aus-

bildungsverträgen 41,4 Prozent. In den Top 3 der von Mädchen und Frauen 2006 begonnen Berufsausbildungen finden sich die Ausbildungen zur Kauffrau im Einzelhandel, zur Bürokauffrau sowie zur medizinischen Fachangestellten. Im Vergleich dazu entschieden sich männliche Auszubildende vor allem für die Ausbildung zum Kraftfahrzeugmechatroniker, zum Kaufmann im Einzelhandel und zum Koch. Vor allem die Fertigungsberufe werden fast ausschließlich von jungen Männern angestrebt. Ausnahmen hingegen finden sich in Berufen, in denen feinmotorische und gestalterische Tätigkeiten eine größere Rolle spielen, wie zum Beispiel bei den Gesundheitsberufen der/ die Hörakustiker/in (62,5 Prozent Frauen) und in den metallverarbeitenden Berufen der/ die Goldschmied/in (74,9 Prozent Frauen). Überproportional vertreten sind Frauen, heute wie damals, vor allem in Büro- und Verwaltungsberufen sowie in den Körperpflege- und Hauswirtschaftsberufen (mindestens 75 Prozent Frauen) und den Textil-, Leder- und Bekleidungsberufen (60 Prozent Frauen).

Ob in der Ausbildungs- oder der Studienwahl, in den meisten Berufsfeldern spiegelt sich auch im Jahr 2008 eine klare geschlechtertypische Verteilung wieder. Die teilweise immer noch vorherrschenden „weiblichen“ und „männlichen“ Klischees erschweren nicht nur den freien Zugang zu allen Berufsgruppen, sondern haben auch die ungleichwertige Anerkennung der Arbeit von Männern und Frauen zur Folge, welche sich zum Beispiel an unterschiedlichen Gehältern in gleichen Berufsklassen widerspiegelt.

Nora Kuhle studiert Sozialwissenschaften an der Universität Rostock und absolviert im Februar und März 2008 ein Praktikum beim Landes-FrauenRat Berlin.

Mehr Informationen zum Thema finden Interessierte unter www.berufenet.arbeitsagentur.de und www.pallas.iab.de im Internet.

Vor 26 Jahren

Kein Platz für Frauen

...Wer sich die Mühe macht und das Kleingedruckte im „ARD Jahrbuch“ hinsichtlich der jeweiligen Zusammensetzung der Rundfunkräte auf den Landesebenen studiert, stellt fest, daß der Südwestfunk und der Sender Freies Berlin auf die Beteiligung von Frauenvertreterinnen verzichten. Wer in Berlin daran Anstoß nahm, erhielt in der Vergangenheit entweder zur Antwort, daß dies eine ‚politische Frage‘ sei, oder bekam den mutmachenden, verblüffenden Hinweis, daß „Frauen keine gesellschaftlich relevante Gruppe sind“...

...Presseerklärungen zu Vorstellungen des Landesfrauenrats hinsichtlich der Besetzung des SFB-Rundfunkrats wurden weder in den Zeitungen noch im Hörfunk oder Fernsehen erwähnt. Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden von CDU, FDP und SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, an den Intendanten und den Vorsitzenden des Rundfunkrates hatten psychologisch interessante Antworten zur Folge: die CDU war offen und gesprächsbereit, die FDP bestätigte in wenigen Zeilen eigentlich nur den Eingang des Briefes, die SPD bat um Aufklärung, wer denn dieser Landesfrauenrat überhaupt sei. Der Intendant hatte im Grunde nichts dagegen, sah aber viele Hindernisse und Hürden, der Vorsitzende des Rundfunkrates versprach aktive Unterstützung ebenso wie die von CDU und SPD in den Rundfunkrat gewählten zwei weiblichen Mitglieder. Männliche Abgeordnete, die in Einzelgesprächen um Unterstützung gebeten wurden, hatten große Bedenken, denn „dann kommen die Behinderten, die Senioren, und die haben ja schließlich auch ein Anrecht!“ Oder man meinte gereizt: „Wir haben doch aus unserer Fraktion auch eine Frau in den Rundfunkrat delegiert, reicht denn das nicht vollkommen aus?“...

„Wir Berlinerinnen“ Nr. 4 vom Dezember 1982, Beitrag von Angela Grützmann („Das Parlament“).

Wie der Rundfunkrat zu den Frauen kam

♦ „Der Landesfrauenrat Berlin e.V. hat mit Befriedigung die Presseveröffentlichung zur Kenntnis genommen, daß ihm nunmehr als Vertretung aller im Landesfrauenrat angeschlossenen Frauenverbände und -organisationen ein Sitz im Rundfunkrat eingeräumt wird. Wir hoffen, daß die angekündigte Gesetzesänderung so zügig verabschiedet wird, daß Anfang 1983 der neu gebildete Rundfunkrat die Arbeit aufnehmen kann.“ Mit dieser kurzen Presseerklärung konnte der Landesfrauenrat im Dezember 1982 ein wichtiges Kapitel im Kampf um Gleichberechtigung vorerst schließen. Schon die Vorgängerin, die Arbeitsgemeinschaft Berliner Frauenverbände, aus der heraus sich der LFR Berlin im Juli 1979 gründete, hatte Anspruch auf Sitz und Stimme im SFB-Rundfunkrat angemeldet. Vergeblich - bei der Novellierung des Gesetzes über den Sender Freies Berlin in den 1970er Jahren erhielt der Landesjugendring einen Platz in dem Gremium, das den Intendanten beraten und die Programmgestaltung überwachen sollte.

Tatsächlich gehörte der SFB zu den letzten Rundfunkanstalten, die eine Frauenvertreterin in den Rundfunkrat aufnahmen. Die seit 1981 nach der Abwahl des Stobbe-Senats regierende Koalition aus CDU und FDP brachten im November 1982 schließlich einen Antrag zur erneuten Änderung des SFB-Gesetzes ins Abgeordnetenhaus ein. Danach sollte die Zahl der Rundfunkratsmitglieder von 24 auf 31 erhöht werden. Dabei ging es im Kern keineswegs darum, den Frauen als gesellschaftlich relevanter Gruppe mehr Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen. Die Aufstockung sollte vor allem mit Blick auf die Zeitungsverleger erfolgen. Sie sollte eine stärkere Kooperation zwischen dem öffentlichen Rundfunk und den Druckmedien ermöglichen, erklärten die damaligen stellvertretenden Fraktionschefs Landowsky (CDU) und Rasch (FDP). Letztlich, da waren sich die Kommentatoren einig und kann in alten Ausgaben von „Wir Berlinerinnen“ nachgelesen werden, ging es bei der Gesetzesänderung jedoch um den machtpolitischen Proporz, bei dem die Regierungspartei den Ton angeben

will. Zuvor hatte die regierende SPD altgediente Sozialdemokraten zu Intendanten gemacht. Nun wollte die neue Regierung ein großes Stück vom Kuchen haben, wobei die Zeitungsverleger als Hebel dienten. Und tatsächlich wettete der damalige DGB-Landesvorsitzende Pagels, der SFB werde nun zum Spielball kommerzieller Interessen, Kräfte würden Einfluss gewinnen, die die Privatisierung des Rundfunks zum Ziel hätten.

In dem ganzen Trubel fiel für die Frauen - und im übrigen auch für den Landeselternausschuss und die Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsverbände - sozusagen nebenbei ein Platz ab, nachdem sie jahrelang Schwerstarbeit geleistet hatten, um eben dies zu erreichen.

Erste Frauenvertreterin im SFB-Rundfunkrat wurde dann Anfang 1983 die LFR-Vorsitzende Johanna Lemke, die bei einem Presseempfang des LFR im Fernseh-Zentrum des SFB im Gründungsjahr am 11. Oktober 1979 geflissentlich den Rundfunkrat mit keinem Wort erwähnte. Doch sie nutzte die Gunst der Stunde, um den neuen Dachverband und seine Ziele vorzustellen. Eine erste Bilanz ihrer Arbeit im Rundfunkrat zog sie im Rechenschaftsbericht für die Jahre 1982 und 83: „Bedingt durch den Intendantenwechsel und anhaltende Auseinandersetzungen zwischen der Direktion des Hauses und den Mitgliedern des Rundfunkrats gestaltete sich die Arbeit im SFB schwierig.“ Als Nachwirkung der politischen Veränderungen in der Stadt, ist wohl zu ergänzen.

Heute teilt sich der LFR mit dem Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg den Sitz der Frauenvertreterin im RBB-Rundfunkrat. Nachdem im ersten RBB-Rundfunkrat nach der Fusion von SFB und ORB die Brandenburgerin Frederike von Borstel die Aufgabe wahrnahm, stellt in dieser Wahlperiode der LFR Berlin mit Juliane von Friesen die Frauenvertreterin. Im Fusionsender teilen auch die übrigen gesellschaftlich relevanten Gruppen ihren Sitz nach Vertretern aus Berlin und Brandenburg auf. Mehr Frauen hat dies nicht in den Rundfunkrat gebracht: Unter dem Vorsitz von Dr. Ulrike Liedtke tagen 21 Männer und acht Frauen. *Sabine Röhrbein*

Vor 11 Jahren**Gleichberechtigung**

Es ist meine feste Überzeugung, daß es so manche Ideen und Initiativen gibt, von denen wir noch nichts wissen. Ich denke auch, daß sich nicht nur Frauen, sondern auch Männer in unserem Land Gedanken zur Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft machen.

Claudia Nolte zur Kampagne „Initiative gefragt – Frauen gefragt!“ in „Wir Berlinerinnen“ Nr. 63 vom November 1997

Vor 16 Jahren**Frauenpolitik**

Wir brauchen eine effektive Frauenpolitik und eine engagierte gesamtdeutsche Frauenbewegung, um die Normalität des Verlierens bei weiblichen Menschen abzuwehren und statt dessen sicherzustellen, daß auch sie - unabhängig von Geschlecht und Region - die vielfältigen neuen Chancen der Partizipation nutzen können.

„Wir Berlinerinnen“ Nr. 43 vom November 1992, Rede von Ministerpräsident Stolpe zum Empfang des Deutschen Frauenrats

Vor 26 Jahren**Frauen fragen nach**

Immer wieder wird von den Politikern betont, wie wichtig und gesellschaftlich notwendig die Arbeit der Frau im Haushalt und bei der Erziehung der Kinder ist; diese Jahre der Familienphase werden jedoch bei der Rentenversicherung nicht berücksichtigt. Aber wie junge Männer, die im Wehr- und Zivildienst für den Staat tätig werden, leisten Mütter mit der Kindererziehung ebenfalls der Gesellschaft Wesentliches.

„Wir Berlinerinnen“ Nr. 1/2 vom August 1982, Einladung in ZDF-Forum zum Gespräch mit Bundespräsident Karl Carstens

Vor 11 Jahren**Quotenregelung**

Frauen müssen sich mit einem ganzen Geflecht von Benachteiligungen auseinandersetzen. Frauenförderung ist vielschichtig und umfassend angelegt und nicht mit Quotenregelung gleichzusetzen. Die Quote ist nur ein Mittel zum Zweck. Die Instrumente zur Frauenförderung sind sorgfältig zu überprüfen, den Bedingungen anzupassen und weiterzuentwickeln.

Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen in „Wir Berlinerinnen“ Nr. 63 vom November 1997

Vor 21 Jahren**Arbeitsplatz Haushalt**

Hausarbeit ist vielschichtig und multifunktional; ist doch neben der Befriedigung von existentiellen Bedürfnissen ein gut Teil „Gemütsarbeit“ zu leisten. Und hier scheint es, als ob insbesondere im sozialen Wohnungsbau nicht die Benutzer, sondern Normausschüsse gemäß der Baunutzungsverordnung, der Wohnungsbauförderungsbestimmungen, der DIN 18011 die Wohnbedürfnisse festlegen.

„Wir Berlinerinnen“ Nr. 23 vom Oktober 1987 über eine FDP-Veranstaltung

Wir Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin E.V.
und seiner Mitgliedsverbände
Sitz: Berlin 30, Bayreutherstr. 41, Tel. 030-213 43 83

Berlinerinnen

Informationen • Berichte • Meinungen • Veranstaltungen •

Vor 19 Jahren**Rentenkompromiss**

Nach Auffassung des Landesfrauenrats Berlin, der 32 Mitgliedsorganisationen mit rund 100 Tausend weiblichen Mitgliedern vertritt, sind die im ursprünglichen Entwurf des Bundesarbeitsministers enthaltenen negativen Folgen für Frauen zwar abgemildert worden, die Vorstellungen, wie eine eigenständige soziale Sicherung der Frauen auszusehen habe, aber noch immer nicht berücksichtigt worden. Die Unzufriedenheit des Landesfrauenrates Berlin richtet sich insbesondere gegen die geplante Anhebung der Altersgrenze für Frauen von derzeit 60 auf 65 Jahre.

Pressemitteilung in „Wir Berlinerinnen“ Nr. 30 vom September 1989

Vor 24 Jahren**Frauen und Ehrenamt**

Wie unterschiedlich, jeder Arbeitsmarktsituation angepaßt, soziale Arbeit bewertet wird, drückt sich darin aus, daß im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit die Kompetenzen von Frauen herabgemindert werden, im Bereich unbezahlter Arbeit gesteht man ihnen jedoch eine Vielzahl von Kompetenzen und Aufgaben zu.

Infos der Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion in „Wir Berlinerinnen“ Nr. 11 vom September 1984

Wir Berlinerinnen
Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin
und seiner Mitgliedsverbände



89. Mai 2005

China-Reise im Herbst 2007

Eindrücke und Vorschläge der Teilnehmerinnen

China-Reise einer zivilgesellschaftlichen Frauen-Delegation aus Berlin und anderen Bundesländern in der Zeit vom 26. Oktober bis zum 04. November 2007. Veranstalterin: Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen in Kooperation mit dem LandesFrauenRat Berlin, unterstützt durch die Senatskanzlei und die Deutsch-Chinesische Gesellschaft für bilateralen Wirtschafts-Kulturaustausch e.V. Eindrücke und Vorschläge der Delegations-Teilnehmerinnen für den Senat von Berlin sowie für andere politisch interessierte Organisationen.

Auf Einladung der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin (www.berlin-stadtdderfrauen.de) und in Kooperation mit dem LandesFrauenRat Berlin nahmen 20 Teilnehmerinnen an einer politisch und zivilgesellschaftlich orientierten China-Reise in der Zeit vom 26. Oktober bis 10. November 2007 teil. Die Teilnehmerinnen kamen aus allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und anderen politischen Organisationen. Das berufliche Feld der Teilnehmerinnen war ebenso breit gestreut wie die Generationenzugehörigkeit. Die Teilnehmerinnen reisten auf eigene Kosten.

Reiseziel und Programm

Ziel der Reise war es, Kenntnisse zu entwickeln und zu vertiefen über die gegenwärtige frauen-, gender- und familienpolitische Situation, die damit zusammenhängenden politischen Entwicklungen in der Arbeitsmarkt-, Rechts-, Bildungs- und Sozialpolitik in der Volksrepublik China und der Hauptstadt Peking. Das Besuchsprogramm enthielt umfangreiche Fachgespräche und -besichtigungen mit Vertreter/innen von fachlich und politisch relevanten Einrichtungen und Organisationen in Partei, Gewerkschaft, Frauen- und anderen Organisationen der Stadt. Das Programm wurde aufgebaut anhand der politi-

schen Interessen der vorab angemeldeten Teilnehmerinnen. Dank der erheblichen Unterstützung und kenntnisreichen Vermittlung durch das Senatskanzlei-Referat „Ostasien/Städtepartnerschaften mit Peking und Tokio“, Herrn Jörg Tramm, sowie durch die effektive organisatorische Unterstützung durch die Deutsch-Chinesische Gesellschaft für bilateralen Wirtschafts- und Kulturaustausch e.V. gelang es, einen großen Teil der angemeldeten Gesprächs- und Informationswünsche in einem dichten und informativen Programm zu verwirklichen. Bei den Delegationsteilnehmerinnen hat die Reise dank dieser intensiven Einführung und Vorbereitung einen tiefen Eindruck hinterlassen, es entwickelten sich diverse Ideen und Kontaktvereinbarungen für politische und berufliche Kooperationen auf beruflicher und politischer Ebene, die im Laufe der Zeit sicher zum Tragen kommen werden.

Erste Ergebnisse

Das ARD-Büro Peking informierte sich über die Zielsetzung, die Gesprächspartner und die Zusammensetzung der Delegation und führte Interviews zu den Ergebnissen der Reise. Der Bericht wurde inzwischen mehrfach in Info-Radio Berlin gebracht. Eine Teilnehmerin (Astrid Vonhoff: Unternehmensberatung für das Gesundheitswesen) wurde kurzfristig eingeladen, auf dem Internationalen Kongress der China-Association of Women Entrepreneurs Ende November zu sprechen und erklärte sich auch bereit dazu. Sie reiste erneut an, ihr Vortrag wurde auf Englisch in den Kongress-Unterlagen abgedruckt. Eine Teilnehmerin (Christa Bender-Hörmandinger, Unternehmerin, Delegationsvertreterin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen) hat die Zusage des VdU-Bundesvorstandes in Düsseldorf erhalten, dass der „VdU weiterführende Kontakte mit der CAWE China Association of Women Entrepreneurs“ begrüßt und „seine eigenen Mitglieder

über die Ergebnisse der Reise informieren“ wird. Ferner erklärte der VdU, dass er bereit sei, „bei einem Besuch einer chinesischen Unternehmerinnen-Delegation zu einem „get together“ einzuladen“. Erste Kontakte zum Düsseldorf China Center (DCC) und zum Deutsch-Chinesischen Handelsverband, der in Düsseldorf ein Chinese Trade Center plant, wurden inzwischen aufgenommen. Der Deutsche Juristinnenbund (DJB) hat wegen seiner juristischen Fachexkursion im Februar 2008 nach Peking Interesse an einer Kooperation angemeldet. Unsere Delegation wird Anfang Januar 2008 die DJB-Bundesvorsitzende zu einem Erfahrungsaustausch treffen.

Die Delegationsteilnehmerinnen vereinbarten als Ergebnis dieser Reise, verschiedene Berliner Senatsmitglieder über die aus unserer Sicht politisch interessantesten Ergebnisse und Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Kooperation zwischen den Partnerstädten Peking und Berlin zu informieren. Wir legten dabei fest, nur die aus unserer Sicht handlungsrelevanten Einschätzungen und Vorschläge zu unterbreiten und von einer umfangreichen Berichterstattung abzusehen, da wir davon ausgehen, dass die einzelnen Senatsverwaltungen über Kontakte und Fachkenntnisse in ihrem Zuständigkeitsbereich verfügen.

Einschätzungen

Den Delegationsteilnehmerinnen war von Anfang an klar, dass ein amtlich vorbereitetes Programm darauf spezialisiert ist, den Besucherinnen vor allem die Erfolge und weniger die Probleme Chinas/Pekings zu zeigen. Aber bei etlichen Gesprächspartnern gab es durchaus Bereitschaft, unter 46 Augen offen über problematische Entwicklungen (Lage der Wander-ArbeitnehmerInnen, Einkind-Familienpolitik und Folgen, Wegfall der staatlichen Kranken- und Rentenversicherung usw.) zu sprechen.

weiter auf Seite 17



Fortsetzung von Seite 16

Es erwies sich als hilfreich für eine realistische Einschätzung der gehörten Informationen, dass wir mit Dr. Gundula Henkel von der Presse-Abteilung der Deutschen Botschaft eine sprach- und sachkundige Dolmetscherin und Begleiterin zur Seite hatten, obwohl die chinesische Seite uns lieber einen chinesischen Dolmetscher zur Verfügung gestellt hätte.

Die Reise fand unmittelbar nach dem Chinesischen Parteikongress statt und mitten in den politischen Turbulenzen um die Einladung des Dalai Lama durch die Bundeskanzlerin. Auf unserer „Arbeits“ebene war davon nichts zu spüren: im Gegenteil. Es war deutlich, dass der Kontakt zu Deutschland und zur Partnerstadt Berlin geschätzt wurde und wir geradezu demonstrativ freundlich empfangen wurden. Staatssekretärin Frau Hou Yulan der Pekinger Stadtregierung erklärte sogar, dass der Empfang unserer rein zivilgesellschaftlichen und (noch dazu) Frauendelegation erstmalig sei (auch protokollarisch) und die Stadtregierung erwäge, dies bei Gelegenheit mit anderen zivilgesellschaftlichen (auch Frauen)-Gruppen zu wiederholen.

Die Chinesische Frauenorganisation (wir wurden von der Vize-Vorsitzenden der Pekinger Womens Federation empfangen und bei fast allen Programmteilen begleitet) ist erkennbar ein politisch ernstgenommener und in der höheren Parteihierarchie verankerter Bestandteil des politischen Instrumentariums. Es war deutlich, dass unsere Gesprächswünsche von der Chinesischen Frauenorganisation unterstützt worden waren und man sich dort eine Fortsetzung der Kontakte erhoffte.

Die (erst wachsende) China Association of Women Entrepreneurs (CAWE) mit Vizepräsidentin Shi Qing Qi bot das offenste (im westlichen Sinne) Gespräch über die Chancen und Probleme für Unternehmensgründerinnen und den wachsenden Mittelstand in Peking/China an. Dadurch, dass wir auch (Vorzeige)-Betriebe von Unternehmerinnen besichtigen konnten und erste Eindrücke von Arbeitsbedingungen dort sammeln konnten, war dies aus unserer Sicht der ertragreichste Programmteil. Auch diese Gesprächspartnerinnen waren stark

an einer Fortsetzung der Kontakte interessiert.

Medien

Wir konnten einen Einblick in die Arbeit ausländischer Journalisten gewinnen und damit auch über die Berichterstattung (und ihre Arbeitsbedingungen) vor Ort. Ergebnis: Die Handlungs- und Recherche-Freiheit der westlichen Medien in China ist nach wie vor sehr eingeschränkt, aber etwas freier als in früheren Jahren, möglicherweise auch mit Blick auf die Olympiade 2008. Eine Berichterstattung zu problematischen Entwicklungen oder Ereignissen wird zugelassen, wenn sie nicht mit „Systemkritik“ verbunden ist und von der Regierungsebene als „konstruktiv“ betrachtet wird. Die Berichterstattung der Medien über China in Deutschland/Berlin wird – von den Teilnehmerinnen im Nachhinein besehen – als vorwiegend problematisierend angesehen, über die positiven Entwicklungen in China wird kaum berichtet.

Themen

Die wichtigsten Themen bei allen GesprächspartnerInnen waren: Berufliche Bildung, wobei hierunter vor allem das „Lernen im Betrieb“ verstanden wurde, weniger das deutsche Berufsbildungssystem insgesamt. Auf Interesse stießen Hinweise auf die Möglichkeiten/Chancen, die auch behinderte Jugendliche durch eine Berufliche Bildung erfahren können. Gesundheit (ärztliche Versorgung, Hygiene, Ernährung, Vorsorge): insbesondere der Unternehmerinnenverband CAWE, aber auch die kommunalpolitisch und frauenpolitisch aktiven GesprächspartnerInnen, betonten ihr Interesse an Fragen einer gesunden Ernährung (für Fabrikbetriebe, für Familien, Nachbarschaftszentren usw.).

Vorschläge

Es wird vorgeschlagen, dass

1. der Senat die bewährte Unterstützung der Senatskanzlei für zukünftige (auch zivilgesellschaftliche) politische Informationsreisen von interessierten Verbänden nach Peking/China fortsetzt und ggf. auch ausbaut,
2. der für Frauenpolitik zuständige Senator die Beijings Women Fe-

deration zu einer Informationswoche nach Berlin einlädt, hier insbesondere die sehr kooperative Vorsitzende (Chairwoman) Zhao Jin Fang, zum Beispiel zusammen mit der China Association of Women Entrepreneurs, hier die Vorsitzende und die Vizepräsidentin Prof. Shi Qing Qi, in Kooperation mit dem Unternehmerinnenverband (Berlin und Bund) und mit der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin sowie dem Landes-FrauenRat und VertreterInnen von Gewerkschaften,

3. die für Berufliche Bildung zuständige Senatorin interessierte chinesische GesprächspartnerInnen zu einer Informationswoche einlädt zu einer Besichtigung von Einrichtungen Beruflicher Bildung, zum Beispiel für Ausbildung und Fortbildung für/an Kraftfahrzeugen (hoher Bedarf) und zum Beispiel insbesondere für behinderte Jugendliche (zum Beispiel das Annedore-Leber-Berufsbildungswerk für behinderte Jugendliche) mit dem Ziel eines regelmäßigen Austausches über Fragen der Beruflichen Bildung, evtl. in Kofinanzierung durch in China produzierende Berliner Unternehmen (zum Beispiel Fa. Otto Bock, Prothesenlieferant, Sitz in Berlin/Peking, beliefert Paralympics)

4. die für Gesundheit zuständige Senatorin interessierte chinesische GesprächspartnerInnen einlädt zu einer Informationswoche/ Besichtigung im Rahmen der „Gesundheitsstadt Berlin“ von wissenschaftlichen, sozialen Einrichtungen und Unternehmen, die sich mit Gesundheitsangeboten und gesunder Ernährung befassen,

5. die für Stadtentwicklung zuständige Senatorin interessierte chinesische GesprächspartnerInnen zu einer Informationswoche einlädt zu Einrichtungen, die sich mit Integrationsfragen und Quartiersmanagement in Bezirken mit hohem Migrationsanteil befassen,

6. der für Schulen zuständige Senator interessierte chinesische GesprächspartnerInnen einlädt zu einer Informationswoche/Besichtigung von Schulen/Einrichtungen der beruflichen Bildung, wobei die vorgeschlagenen „Informationswochen“ der einzelnen Senatsverwaltungen auch in Kooperation erfolgen könnten,

weiter auf Seite 18

7. der Senat einen Gesprächskreis mit Berliner Medien (TV, Radio, Internet, Print und Neue Medien (zum Beispiel Computerspiele) einrichtet, in dem über die Kooperationen/

Erfolge/Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Peking berichtet wird.

*Für die Teilnehmerinnen
Carola v. Braun, Delegationsleiterin,
Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin Stadt der Frauen
Berlin, den 30.12.2007*

Entwurf Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm

Stellungnahme des LandesFrauenRats Berlin

1. Aktive Gleichstellungspolitik hat in der Politik des Landes Berlin Tradition. Grundlage des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms ist das Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen zu gewährleisten und eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern zu ermöglichen. Insbesondere dem nachhaltigen Engagement vieler Frauen in Vereinen, Verbänden und Parteien zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen ist es zu verdanken, dass Berlin in der Gleichstellungspolitik eine Vorreiterrolle einnimmt. Die bis heute erzielten Erfolge beruhen auch auf den in der Vergangenheit erfolgten gesetzlichen Regelungen zum Beispiel zur Einsetzung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, von Frauenvertreterinnen sowie von Genderbeauftragten. Auch ihnen und allen gleichstellungspolitisch Aktiven in der Berliner Politik und Verwaltung gebührt unser Dank. Die von der SPD und der Linken in der Koalitionsvereinbarung 2006 beschlossene Weiterarbeit am gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm sollte als offener Diskussionsprozess, in den künftig insbesondere Frauenorganisationen, -verbände und -initiativen kontinuierlich einbezogen sind, fortgesetzt werden.

2. Der LandesFrauenRat Berlin e.V. begrüßt das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm des Berliner Senats als ein Steuerungsinstrument für gleichstellungspolitische Ziele über alle Politik- und Handlungsfelder hinweg. Alle Senatsverwaltungen verpflichten sich zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit. Wir erwarten, dass die damit einhergehenden Verpflichtungen auch haushaltspolitisch verbindlich umgesetzt werden.

den. Unabdingbar ist, dass der begonnene Prozess des Gender Budgeting auf dieser Grundlage forciert und stabilisiert wird. Ein aktives Einbeziehen der Senatsverwaltung für Finanzen ist daher zwingend geboten. Die Auflösung der Berliner Landeskommision Gender Mainstreaming lehnt der LandesFrauenRat strikt ab. Zur aktiven Förderung und Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit ist es strategisch unabdingbar, die Synergiepotentiale von Gender Mainstreaming und Frauen- und Gleichstellungspolitik zu identifizieren und handlungsorientiert auszugestalten.

3. Der LandesFrauenRat stellt sich hinter die im zweiten Teil des Entwurfs genannten Handlungsfelder und Ziele, möchte aber in diesem Zusammenhang auf einige Probleme aufmerksam machen. Daraus ergeben sich bereits Folgen für den geplanten „Masterplan Gleichstellung“.

Bildungsreform

Schulische und vorschulische Bildung: Der LandesFrauenRat weist darauf hin, dass ausgerechnet in diesem sensiblen und öffentlichkeitswirksamen Bereich das im LGG vorgesehene Beanstandungsrecht der Frauenvertreterinnen bei Stellenbesetzungen abgeschafft werden soll. Das Problem insbesondere bei der Einstellung von Vertretungskräften sieht der LandesFrauenRat vor allem im Verwaltungsverfahren und weniger ausgeprägt bei der Mitbestimmung. Der Bereich „Kita und vorschulische Erziehung“ ist als Handlungsfeld zu ergänzen.

Erhöhung der Genderkompetenz – Etablierung gendersensibler Konzepte: Eine Erweiterung um Diversity-Aspekte, insbesondere der sexuellen Identität, ist nötig.

Erhöhung des Anteils an männlichen Erziehern und Grundschullehrern: Die Aufmerksamkeit ist dann darauf zu richten, wohin die Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen verdrängt werden, ggf. ist mit dem Masterplan gegenzusteuern. Eine Aufwertung dieser „Frauenberufe“ ist zwingend notwendig.

Berufliche Bildung/Weiterbildung: Der LandesFrauenRat vermisst eine Positionierung des Landes Berlin zum „Europäischen Qualifikationsrahmen“, der die gesamte Berufsausbildung verändern wird. Bei sorgfältiger gendersensibler Umsetzung besteht die Chance, die Berufsausbildung geschlechtergerechter als bisher zu gestalten.

Zum Handlungsfeld „Lebenslanges Lernen“ ist die Stellungnahme von KOBRA (Projekt des Berliner Frauenbundes 1945 e.V.) zu berücksichtigen.

Hochschule – Studierende: Die Wahl des Studienfachs hängt nicht nur von der individuellen Interessenlage der Studierenden, sondern auch von den Studieninhalten und angebotenen Forschungsfeldern ab. Hier müssen Zugänge geschaffen werden, die der Lebenswelt und der Lebenserfahrung von Frauen entsprechen (ohne dass sie dabei auf Kinder, Küche, Kirche reduziert werden).

Arbeitsmarkt/Fachkräftemangel

Wirtschaftspolitik: Dieses Handlungsfeld ist ebenso wie das Handlungsfeld „Arbeitsmarktpolitik“ in hohem Maße von Vorgaben der EU und mehr noch der Bundespolitik bestimmt. Der LandesFrauenRat ermutigt das Land Berlin durch **weiter auf Seite 19**

Fortsetzung von Seite 18

sprechende Bundesratsinitiativen die Umsetzung der hier genannten Zielsetzungen zu befördern. Das Land Berlin sollte noch stärker als bisher gleichstellungspolitische Aspekte als Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge heranziehen. Solche Kriterien sind dem Kriterium „günstigster Preis“ vorzuziehen, das den Lohn der Beschäftigten nur weiter nach unten treibt. Stattdessen ist auf Tariftreue, mindestens aber auf ortsübliche Entlohnung zu achten, um prekären Beschäftigungsverhältnissen (wie im Handlungsfeld gefordert) entgegenzuwirken.

Arbeitsmarktpolitik – Qualifizierung – Erhöhung des Qualifikationsniveaus von Frauen: (Nicht nur) Frauen sind vielfach für ihre Tätigkeiten überqualifiziert. Besser qualifizierte Frauen brauchen auch Stellen, die ihrer Qualifikation entsprechen. Auch das Land Berlin ist in der Pflicht, über einen Einstellungskorridor hochqualifizierten Frauen Beschäftigung zu bieten und ebenso geringer qualifizierten Aufstiegschancen im Öffentlichen Dienst zu ermöglichen (Handlungsfeld „Öffentlicher Dienst“ entsprechend).

Beschäftigung – Reduzierung nicht existenzsichernder Beschäftigungsverhältnisse: In der Umsetzung ist zu prüfen, inwiefern der Gesetzgebung entweder das „Emähremodell“ (Beispiel: Hartz IV) oder das „Modell der eigenständigen Existenzsicherung“ (Beispiel: Reduzierung Witwenrente) zugrunde liegen. Beide konkurrierenden Modelle dürfen nicht so angewendet werden, dass immer die Frauen die Verliererinnen sind (wie im Beispiel). Das Land Berlin ist aufgefordert, entsprechend seine Landesgesetze zu ändern und auf Bundesebene im Bundesrat aktiv zu werden, um dieses Missverhältnis zum einen transparent zu machen, zum anderen abzustellen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Vereinbarkeit Kindererziehung: In die Umsetzung der genannten Ziele sind die Bezirke einzubeziehen, die überdies dafür auch finanziell auszustatten sind. Derzeit ist die gegenläufige Entwicklung zu beobachten: Die Angebote für Kinder und Jugendliche werden aufgrund des weiterhin not-

wendigen Sparzwangs und des (zu überprüfenden) Systems der Finanzzuweisungen an die Bezirke ausgedünnt mit entsprechenden Folgen auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Vereinbarkeit Pflege: Pflege ist grundsätzlich zu professionalisieren und kann nicht dem privaten Engagement von Angehörigen überlassen bleiben. Arbeitsplätze in der Pflege sind (noch) in erster Linie Frauenarbeitsplätze.

Demografie

Das Thema „Gender und Demografie“ ist ein noch neues. Der LandesFrauenRat verweist in diesem Zusammenhang auf den hervorragenden Sammelband aus NRW und auf die dokumentierten Ergebnisse der entsprechenden Fachtagung der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen. In einigen Bezirken werden angesichts einer Gesellschaft des längeren Lebens derzeit demografische Konzepte entwickelt, die als Grundlage für die Gestaltung einer bedarfsgerechten Infrastruktur (inkl. notwendiger Investitionsentscheidungen) Berücksichtigung finden sollten.

Lebenswerte Stadt: Die Umsetzung der Handlungsfelder und Ziele aus dem Bereich „Wohnen“ könnte modellhaft in Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften in Landeseigentum realisiert werden.

Soziale Gerechtigkeit

Einige Handlungsfelder sind auf spezifische Zielgruppen zugeschnitten (Allein Erziehende, Ältere Frauen, Behinderte Frauen). Schon unter Diversity-Gesichtspunkten sollte ein zu ergänzendes Handlungsfeld die Zielgruppe „Lesbische Frauen“ in den Blick nehmen. Diese sich oft bewusst der Öffentlichkeit entziehende, aber in Berlin stark vertretende Zielgruppe hat andere Arbeits- und Lebenszusammenhänge, zeigt ein anderes Gesundheitsverhalten, muss sich alltäglicher Diskriminierung stellen u.ä.

Allein Erziehende: Der Focus ist insgesamt mehr auf das Kindeswohl als das Elternwohl zu richten.

Wohnen – Ein Raum pro Familienmitglied plus Gemeinschaftsraum: Für die Umsetzung sind die Gesetzge-

bung (Bund und Land) zu überprüfen und das Wohngeld entsprechend zu erhöhen.

Gesundheitsversorgung – Zielgruppengerechte Ausrichtung und Sportangebote: Auch hier sind in die Umsetzung insbesondere die Bezirke einzubeziehen und entsprechend personell/finanziell auszustatten.

Ältere Frauen: Bürgerschaftliches Engagement – Erhöhung der Zahl sich engagierender Frauen/Erhöhung des Frauenanteils im Bereich mit Aufwandsentschädigung: Die Zahl der sich engagierenden Frauen muss nicht erhöht werden. Vielmehr müssen sich engagierende Frauen verstärkt sichtbar gemacht und ihr Anteil in den ehrenamtlichen Bereichen mit Aufwandsentschädigung erhöht sowie die Aufwandsentschädigung auf Bereiche ausgedehnt werden, in denen sich vor allem Frauen freiwillig engagieren.

Gewalt gegen Frauen: In den Handlungsfeldern und Zielen ist der Gedanke der Prävention noch auszubauen. Die Prävention muss schon beim potentiellen Täter ansetzen und das zielt auf eine bessere soziale und berufliche Integration von jungen Männern (nicht nur mit Migrationshintergrund) ab. Mögliche Maßnahmen könnten in der zielgerichteten Sportförderung (Streetsportarten) und der aufsuchenden Jugendsozialarbeit (Streetworking) angesiedelt sein. Gleichzeitig muss gefragt werden, welche Auswirkungen von Jungengewalt auf Mädchen möglicherweise noch übersehen werden und wie ihnen begegnet werden kann (Beispiel: Kontrolle des Mädchens via Handy).

Gesundheit: Die medizinische Grundversorgung auch durch die bezirklichen Gesundheitsämter ist insbesondere für Frauen und Familien sicherzustellen. Ebenso ist die Bedeutung des Gesundheitssektors für die Frauenbeschäftigung verstärkt in den Blick zu nehmen.

Zudem fehlen die Handlungsfelder „Frauengesundheit“ und „HIV/Aids“, die zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Gesundheitsvorsorge beitragen.

Berliner Frauenpreis 2008

♦ Traditionell am Frauentag empfängt Frauensensor Wolf ein feierlich gestimmtes Publikum im Roten Rathaus, um den Berliner Frauenpreis an Berlinerinnen zu verleihen, die sich mit besonderem Engagement für Frauen und für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzen. In diesem Jahr steht in der Zeit von 17 bis 19 Uhr Preisträgerin Rita Kantemir-Thomä im Mittelpunkt des Interesses. Die ausgewiesene Expertin für Fragen rund um Migration und Asyl setzt sich unter anderem im Berliner Flüchtlingsrat insbesondere für Frauen ein, die ihre Heimat verlassen mussten. Regelmäßig unterstützt sie die Kunstauktion der evangelischen Kirche zugunsten von Projekten für Migranten und Flüchtlinge – um nur wenige Beispiele für ihr beispielhaftes Engagement zu nennen. Seit 1988 wird der Berliner Frauenpreis von der Frauensensorin oder dem Frauensensor des Landes Berlin vergeben. Eine Jury fällt die letzte Entscheidung über die Vergabe.

LGG-Jahrestag beim Frauensensor

♦ „Frauenförderung ist Personalentwicklung“, mit dieser Feststellung eröffnete Frauensensor Harald Wolf (Linke) die Diskussion zum Berliner Landesgleichstellungsgesetz Ende Januar. Bereits zum dritten Mal bilanzierten Fachleute aus Verwaltung, Hochschule und Wirtschaft am LGG-Jahrestag die Maßnahmen und Programme der Frauenförder- und Gleichstellungspolitik für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst – darunter auch die LFR-Vorstandsfrau Heidemarie Gerstle, die für die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di der rhetorischen Frage nachging, ob wir heute noch Gleichstellung brauchen. Berlin hat seit 17 Jahren ein für andere Bundesländer vorbildliches Landesgleichstellungsgesetz. Mit seinem Inkrafttreten hat sich die Situation der Frauen im Landesdienst kontinuierlich verbessert. Dies lassen die Berichte zur Umsetzung des LGG deutlich erkennen. Allerdings hat auch die Hauptstadt bei der Repräsentanz von Frauen in den Chefetagen noch Nach-

holbedarf. „Mehr Frauen an die Spitze“, wiederholte Senator Wolf seine bekannte Forderung. Dieses Ziel sei aber ohne systematische Personalentwicklungsplanung nicht zu erreichen. Die diesjährige Veranstaltung griff diese Forderung auf.

Das LGG verlangt das Erstellen von Frauenförderplänen in allen Dienststellen des Landes und somit eine Personalentwicklungsplanung zum Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen. Frauenförderpläne könnten den hohen Anforderungen des Gesetzgebers aber nur dann gerecht werden, wenn sie in umfassende Personalentwicklungssysteme eingebettet seien. „Der beschleunigte Ausbau eines modernen Personalmanagements im Berliner Landesdienst ist insofern nicht nur ein Gebot rationalen Verwaltungshandelns, sondern auch durch die Verpflichtung zur Gleichstellung von Frauen und Männern gefordert“, resümierte Harald Wolf, der für seine Haltung mit Applaus belohnt wurde. *sbr*

Experten-Tipp: Umzugskosten

♦ Gleichgültig, aus welchem Grunde Sie einen Umzug durchführen müssen oder wollen, heben Sie sämtliche damit in Zusammenhang stehenden Kostenbelege vorsorglich auf! Diese sind auf unterschiedliche Art und Weise steuerlich geltend zu machen. Zu den Umzugskosten gehören beispielsweise Transportkosten für die Spedition, den eigenen Pkw, Miete für einen Anhänger, Hilfsmittel wie Verpackungsmaterial, Versicherungen, Gelder für Transporthelfer, Übernachtungskosten, sich überschneidende Mietzahlungen, Kosten für Nachmieter-suche, Trinkgeld für Umzugshelfer, Handwerkerkosten für Abbau und Neuanschluss von Möbeln, Öfen, Herden etc. Bei beruflicher Veranlassung können diese Kosten zu Werbungskosten oder Betriebsausgaben führen, wenn eine deutliche Verkürzung des Arbeitsweges oder aber eine sonstige allgemein erhebliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen entsteht. Umzugskosten sind in aller Regel steuerlich geltend zu machen, wenn sich dadurch die Fahrzeit zwischen

Wohnung und Arbeitsstätte um mindestens eine Stunde verkürzt. Bei Ehegatten kommt es nun gelegentlich vor, dass sich durch den Umzug die Fahrzeit des einen Ehegatten deutlich, also um mehr als eine Stunde verkürzt, bei dem anderen Ehegatten kommt es durch den Umzug möglicherweise auch zu einer Änderung der Fahrzeit, aber nicht immer steht auch der andere Ehegatte diesbezüglich günstiger da. Der Bundesfinanzhof hat bereits in einem Urteil vom Februar 2006 entschieden, dass die Fahrzeitvergünstigung von mehr als einer Stunde bei einem der Ehegatten ausreicht für die Anerkennung der Kosten, dass hier nicht die Veränderungen beider Ehegatten zu betrachten oder gar zu saldieren sind (BFH vom 21.06.2006, Az.: IX R 79/01). Die Umzugskosten bleiben in voller Höhe abzugsfähig, auch dann, wenn die Eheleute in ein ihnen schon länger gehörendes Eigenheim ziehen. Maßgeblich ist hier nicht das private Interesse der Eigenheimnutzung, sondern die Fahrzeit-

verkürzung. Auch ein privater Wohnungswechsel kann zu steuerlich geltend zu machenden Kosten führen, zum Beispiel die Kosten der Umzugsspedition als haushaltsnahe Dienstleistungen gewähren einen Steuerabzug.

Wie in allen solchen Fällen, sind die Kosten durch eine Rechnung nachzuweisen und die Zahlung durch Überweisung auf das Konto der Spedition. Als Letztes ist dann noch zu prüfen, ob der Umzug durch Krankheit oder Behinderung veranlasst wurde, dann könnten außergewöhnliche Belastungen entstehen, die, wenn sie die zumutbare Eigenbelastung übersteigen, sich steuermindern auswirken. Die Informationen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sind nach bestem Wissen erstellt, können jedoch eine auf den Einzelfall bezogene Rechtsberatung in keinem Fall ersetzen.

Marianne Kleppeck,
Steuerberatungsgesellschaft Kleppeck, Welbers, Winkel & Partner
E-Mail: willkommen@kwwm.de

Dr. Hanna-Renate Laurien wird 80

♦ Die frühere Schulsenatorin und Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Dr. Hanna-Renate Laurien, feiert am 15. April 2008 ihren 80. Geburtstag.

Geboren in Danzig studierte die Jubilarin nach dem Abitur 1946 Germanistik, Anglistik und Philosophie an der Humboldt-Universität und wurde 1948 Mitbegründerin der Freien Universität. Nach ihrem Staatsexamen 1951 ging sie in den nordrhein-westfälischen höheren Schuldienst, promovierte 1952 in Germanistik, wurde 1970 Hauptabteilungsleiterin und schon ein Jahr später Staatssekretärin unter dem rheinland-pfälzischen Kultusminister Bernhard Vogel in Mainz. Ab 1976 gehörte Hanna-Renate Laurien als Kultusministerin seinem Kabinett als neuer Ministerpräsident von Rhein-

land-Pfalz an. Den Berlinerinnen und Berlinern ist sie zunächst als Senatorin bekannt: 1981 holte Richard von Weizsäcker sie nach seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister für das Schulressort in den Senat, 1986 wurde sie zusätzlich Bürgermeisterin von Berlin. Nach dem Wahlsieg von Walter Momper im Januar 1989 schied sie aus diesen beiden Ämtern aus und wurde 1991 als erste und bislang einzige Frau zur Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt. Als sie 1995 nicht wieder kandidierte, wurde dies von allen Fraktionen und vielen Berlinerinnen und Berlinern außerordentlich bedauert – hatte sie dem Amt doch deutliches Profil gegeben. *Marlies Brouwers*
Der LandesFrauenRat Berlin gratuliert recht herzlich!

Frauen in Forschung und Lehre

♦ Zur Förderung von Frauen im Hochschulbereich hat der Senat im Februar die Fortsetzung des „Berliner Programms zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“ für den Zeitraum 2008 bis 2011 beschlossen. Das Programm wird in die Ausbildungsoffensive im Masterplan „Wissen schafft Berlins Zukunft!“ aufgenommen und in den Jahren 2008 bis 2011 um insgesamt 6 Millionen Euro aufgestockt. Das Volumen zur Förderung von Frauen im Hochschulbereich beträgt damit insgesamt 13,592 Millionen Euro (bis zu 3,398 Millionen Euro pro Jahr). „Ziel des Programms ist es, die Repräsentanz von Frauen auf allen Qualifikationsstufen des Wissenschaftssystems nachhaltig zu verbessern und die Anzahl der Wissenschaftlerinnen in den Spitzenfunktionen im Wissenschaftsbereich zu steigern“, erläutert Wissenschaftssenator Prof. Dr. Jürgen Zöllner (SPD). „Die Hochschulen erhalten unter diesen Voraussetzungen die besten Chancen, um über das Landesprogramm hinaus zusätzlich bis zu 5 Millionen Bundesmittel aus dem ‚Professorinnen-Programm des Bundes und der Länder zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen‘ einzuwerben.“

Etwa die Hälfte der Mittel soll zweckgebunden für vorgezogene Nachfolgeberufungen für Frauen in Fächern mit geringem Professorinnenanteil eingesetzt werden. Die übrigen Mittel werden für Post Doc-Programme, beispielsweise W1-Juniorprofessuren, Gastprofessuren oder Gastdozenturen, Lehraufträge und Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, zur Verfügung gestellt. Die Ausbildungsoffensive soll darüber hinaus durch Zielvereinbarungen der Hochschulen so gestaltet werden, dass sich die Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre signifikant verbessert.

Das Programm habe bereits dazu beigetragen, dass Berlin seit fünf Jahren in Folge eine Spitzenposition unter den Bundesländern bei der Besetzung von Professuren und Spitzenpositionen mit Frauen einnehme, so Frauensenator Harald Wolf (Linke). So habe sich der Frauenanteil an den Professuren in Berlin in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt – von 10,3 Prozent im Jahr 1992 auf 21,2 Prozent 2006. Wolf: „Die Leistungen Berlins wurden im Gleichstellungsranking 2007 (Datenbasis 2005) des Center of Excellent Women in Sciences (CEWS) mit einem ersten Platz bestätigt.“

sbr

Süchtige Frauen in Berlin

♦ Der Frauenpolitische Beirat des Senats hat sich am 12. Dezember 2007 ausführlich mit dem Thema „Frauen und Sucht“ beschäftigt. Im Ergebnis hat er einen Forderungskatalog beschlossen, der sich an die Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Katrin Lompscher (Linke), und die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Heidi Knake-Werner (Linke) richtet. „Um eine adäquate gesundheitliche Versorgung und eine wirksame Unterstützung süchtiger Mütter mit Kindern zu erzielen, bedarf es der Entwicklung von Leitlinien zur gesundheitlichen Betreuung sowie von Maßnahmen, die geeignet sind, für alle Kinder den Zugang zur Gesundheitsvorsorge zu sichern“, so die erste Forderung. Hierzu müssten Kooperationsbeziehungen zu anderen Partnerinnen und Partnern des Gesundheitssystems für die Problemlagen und Bedürfnisse entwickelt werden. Dies gelte gerade für medikamentenabhängige Frauen, die zwei Drittel aller Medikamentenabhängigen umfassten. „Die komplexen Zusammenhänge von Medikamentenverbrauch mit Belastungen, Beschwerden, Erkrankungen, individuellem Gesundheitsverhalten und professionellem Umgang sind noch nicht ausreichend untersucht und erfordern den Austausch und die Kooperation von Ärztinnen und Ärzten, Apotheken, Gesundheits- und Sucht-Selbsthilfe, Suchtkrankenhilfe und nicht zuletzt der Krankenkassen.“

Einhergehend mit der gesundheitlichen Rehabilitation bedürfe es einer beruflichen Integration süchtiger Frauen. „Durch den Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird dieser Prozess deutlich erleichtert. Insbesondere ist hier die Finanzierung von Qualifizierung und Ausbildung als Vergabe von Einzelmaßnahmen zu fordern“, so der Forderungskatalog. Die Prävention solle geschlechtsbezogen durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen und frühzeitige Intervention verstärkt werden. Kultur- und genderspezifische Aspekte müssten mehr berücksichtigt werden. „Nach der geschlechtsspezifischen Datenerhebung ist das Ergebnis umfassend zu kommunizieren“, lautet die letzte Forderung. sbr

DF zum Zugewinnausgleich und Vormundschaftsrecht

♦ Der Deutsche Frauenrat (DF) hat die geplanten Gesetzesänderungen der Bundesregierung beim Zugewinnausgleich und Vormundschaftsrecht uneingeschränkt begrüßt. Dabei bezieht sich der DF auf Beschlüsse seiner Mitgliederversammlungen von 1989 sowie 2005 bis 2007 zur obligatorischen Individualbesteuerung, „die ihre konsequente zivilrechtliche Entsprechung im Güterstand der Zugewinnngemeinschaft mit der Wirkung der faktischen Gütertrennung in bestehender Ehe findet“, heißt es in der Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zugewinnausgleichs- und Vormundschaftsrechts vom 29. Januar 2008. Der Gesetzgeber habe „mit dieser, durch das Gleichberechtigungsgesetz von 1957 eingeführten Regelung deutlich seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass die Eheleute in ihrem zivilrechtlich geprägten Alltag gerade NICHT ‚aus einem Topf

wirtschaften‘ – wie es die Verfechter des ‚Ehegattensplittings‘ uns für das Einkommensteuerrecht immer Glauben machen wollen“, so die Stellungnahme weiter. Die Eheleute verwalteten vielmehr ihr jeweils eingebrachtes Vermögen selbständig (gem. § 1364 BGB).

Der DF verweist in diesem Zusammenhang auf Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Bosch, den Begründer der „Familienrechtszeitschrift“, der bereits 1954 in seiner Veröffentlichung zur „Neuen Rechtsordnung in Ehe und Familie“ die Frage aufgreift, „wie denn die Frau im Falle der Eheauflösung den Beweis für die Höhe des Manneszugewinns erbringen soll, wenn sie vorher keinerlei Befugnis zur Mitwirkung an der Verwaltung des Manneseinkommens hatte. Dieser Beweis ist regelmäßig einfach nicht zu erbringen – auch dann nicht, wenn der Mann zur Auskunfterteilung verpflichtet ist. Außerdem wird bei einer solchen

Regelung jeder Mann bestrebt sein, „seinen“ Zugewinn beiseite zu bringen, seine Vermögensverhältnisse zu verschleiern usw“. Wissenschaft, Rechtsprechung und Frauenverbände hätten sich mehr als 50 Jahre mit diesen Fragen beschäftigt. Es sei das Verdienst des Regierungsentwurfs hierauf Antworten zu geben, lobt der DF. So sei etwa die neue Regelung zum Anfangsvermögen (§ 1374 Abs. 3 E-BGB) überfällig und uneingeschränkt zu begrüßen. „Sie beseitigt die grobe Ungerechtigkeit des geltenden Rechts, welches Schulden vor der Ehe bei der Berechnung des Zugewinnausgleichs unberücksichtigt lässt“, so die Begründung. Auch die geplante Erweiterung der Auskunftspflicht auf das Anfangs- und Endvermögen sowie die Einführung einer Belegpflicht (§ 1379 E-BGB) seien uneingeschränkt zu begrüßen. *sbr*

Diese und weitere DF-Stellungen unter www.frauenrat.de

Vorbereitungen für Girls' Day 2008

♦ Am 24. April 2008 ist wieder Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag. Durch die erfolgreiche Orientierungsinitiative haben inzwischen rund 650.000 Mädchen Berufe entdecken können, in denen Frauen bisher noch unterrepräsentiert sind. Schülerinnen ab Klasse 5 erleben am Girls' Day die Arbeitswelt in zukunftsorientierten Berufen in Technik, Handwerk, Ingenieur- und Naturwissenschaften oder lernen weibliche Vorbilder in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik kennen. Geheimnis des Erfolgs ist die spezifische Ansprache der Mädchen, die an diesem Tag in Werkstätten und Laboren selbst aktiv werden können und frei von Geschlechterklischees ihr Faible für Technik entdecken können. Über 90 Prozent der Teilnehmerinnen beurteilen den Mädchen-Zukunftstag mit gut oder sehr gut. Mehr als 50.000 Plätze in Unternehmen, Forschungszentren und weiteren Einrichtungen standen schon Ende Februar für die Schülerinnen bereit. Denn: Auch für die Unternehmen und Organisationen ist der Aktionstag eine zukunftsweisende Chance, die Potenziale von Mädchen und Frauen für die-

se Bereiche verstärkt zu entdecken, sich weiter zu entwickeln und neue Talente zu gewinnen. So ist der Girls' Day für viele Unternehmen mittlerweile zum wichtigen Instrument des Personalmarketings geworden.

Auf der Girls' Day-Website finden Schülerinnen unter „Aktion suchen“ vielfältige Veranstaltungsangebote etwa bei Ingenieurbüros, der Feuerwehr, in Solartechnik- oder IT-Unternehmen, in Werften, Kfz-Betrieben, im Raumfahrt-Kontrollzentrum oder bei der Bundespolizei. Sie können sich informieren und online oder telefonisch anmelden. Unternehmen und Einrichtungen haben auf der Website die Möglichkeit, weitere Angebote auf der Aktionslandkarte einzutragen. Alle eingetragenen Veranstaltungen werden auf ihre Qualität geprüft worden.

In vielen Schulen sind der Girls' Day und die parallel laufende Aktion „Neue Wege für Jungs“ mittlerweile Schulveranstaltung und wichtiger Teil des Berufsorientierungskonzepts. Beteiligt sich eine Schule nicht, können Eltern ihrem Kind die Teilnahme auf Antrag ermöglichen. Elterninformationen und

ein Antragsformular dazu sind im Internet verfügbar.

Der Girls' Day ist ein Projekt des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. und eine Gemeinschaftsaktion des BMBF und des BMFSFJ, der Initiative D21, der Bundesagentur für Arbeit, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Mit der Aktion „Neue Wege für Jungs“ können auch Schüler von spezifischen Angeboten profitieren. Seit 2004 bietet das Service-Büro des Kompetenzzentrums Unterstützung für alle, die Veranstaltungen für Jungen in den Bereichen Berufs- und Lebensplanung, soziale Kompetenzen und neue Rollenbilder machen möchten, denn diese sind zunehmend gefragt. *sbr*

Mehr Infos finden Interessierte unter www.girls-day.de und www.neue-wege-fuer-jungs.de im Internet.

Ein Klick zur Kinderbetreuung

- ♦ Das nächstgelegene Kinderbetreuungsangebot ist nur noch einen Mausklick entfernt: Mit seinem Serviceportal Familien-Wegweiser bietet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Internet die erste Datenbank an, die bundesweit bei der Suche nach Kinderbetreuungsangeboten hilft.

Wer unter www.familien-wegweiser.de auf die Rubrik „Familie regional“ klickt und dort seine Postleitzahl eingibt, spart Zeit und zahllose Telefonate. Nutzerinnen und Nutzer erhalten sofort alle notwendigen Informationen zur Kinderbetreuung im Umfeld des jeweils zuständigen Jugendamtes. Fast alle Kommunen in Deutschland bieten zwar solche regionalen Online-Informationen an. Doch im Familien-

Wegweiser werden diese Angebote erstmals in einer bundesweiten Datenbank gebündelt. Die Rubrik „Familie regional“ steht aber noch für weitere praxisnahe Services: Nach Eingabe der Postleitzahl liefert diese Datenbank passgenaue Ansprechpartner für staatlichen Leistungen und Hilfen in der jeweiligen Kommune.

Das Serviceportal www.familien-wegweiser.de gibt werdenden Eltern und Familien entsprechend ihrer individuellen Lebenssituation umfangreiche Informationen zu den Bereichen Förderung und Finanzen, Arbeitswelt, Betreuung und Erziehung, Recht, Gesundheit sowie Hilfe und Beratung. Der Wegweiser will ein nützlicher Begleiter durchs gesamte Familienleben sein.

Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung

- ♦ Mit einem neuen Förderprogramm unterstützt das Bundesfamilienministerium jetzt Unternehmen, die für die Kleinkinder ihrer Beschäftigten neue Plätze in Kindertageseinrichtungen schaffen. Dafür stehen bis Ende 2011 insgesamt 50 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds bereit. „Das ist ein starkes Signal für die zahlreichen Unternehmen, die ihre Beschäftigten bei der Kinderbetreuung unterstützen wollen“, erklärt dazu Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). „Sie erhalten einen neuen Anreiz dafür, dass aus ihrer Bereitschaft gelebtes Engagement wird.“

Das Förderprogramm richtet sich an Unternehmen mit bis zu 1.000 Beschäftigten, die in Kitas neue, zusätzliche Gruppen für Mitarbeiterkinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr schaffen wollen. Es setzt auf die Kooperation zwischen den Unternehmen und öffentlichen oder freien Trägern von Betreuungseinrichtungen. Die Träger erhalten für die Betreuung von Mitarbeiterkindern 50 Prozent der Betriebskosten bis zu einer Obergrenze von 6.000 Euro für jeden neuen Platz im Jahr. Der Zuschuss wird bis zu zwei Jahre lang gezahlt.

„Das Förderprogramm Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung ergänzt den Ausbau der Betreuungsangebote

zielgenau für berufstätige Mütter und Väter“, betont von der Leyen. „Denn die Erfahrung zeigt: Mit betrieblichen Angeboten gelingt es besonders gut, die Betreuungszeiten der Kinder und die Arbeitszeiten der Eltern aufeinander abzustimmen.“

Die Förderung ist ein Schwerpunkt des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“ und ein Teil der engen strategischen Kooperation des Bundesfamilienministeriums mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und den Gewerkschaften. „Das Förderprogramm ist ein weiterer wichtiger Schritt zu unserem Ziel, Familienfreundlichkeit als Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu etablieren“, meinte die Bundesfamilienministerin. „So können neue, gute Beispiele einer sinnvollen Balance familiärer und unternehmerischer Interessen entstehen, von denen alle profitieren.“

Weitere Informationen können Interessierte auf der Website www.erfolgsfaktor-familie.de nachlesen und bei der Servicestelle Betriebliche Kinderbetreuung unter der Telefonnummer 0800/00 00 945 erfragen.

Initiative sucht Mitstreiterinnen

- ♦ Die Initiative „Versorgungsausgleich für in der DDR geschiedene Frauen“ mit Sitz im brandenburgischen Königs Wusterhausen sucht weitere Mitstreiterinnen. Hintergrund: Mit dem Rentenüberleitungsgesetz vom 31.12.1991 wurde das Rentensystem der Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer übertragen – mit Ausnahme des Versorgungsausgleichs. Die im Einigungsvertrag vorgesehene „spezialgesetzliche Regelung“, die für eine gerechte Aufteilung des Familienverdienstes innerhalb einer vormals bestandenen Ehe hätte sorgen sollen, wurde nicht umgesetzt. „Geschiedenen Frauen im Beitrittsgebiet wird damit ein Anspruch auf Durchführung des Versorgungsausgleichs und Hinterbliebenenrente verweigert“, so die Initiative. Durch diese Regelungen seien insbesondere ältere geschiedene Frauen in den neuen Bundesländern schlechter gestellt als Frauen in den alten Bundesländern, weil sie von der Teilhabe an der Altersversorgung des früheren Ehemannes ausgeschlossen sind. Gleichzeitig seien auch die vor 1990 in der BRD geschiedenen Männer den in der DDR geschiedenen Männern schlechter gestellt, da ihre vormaligen Ehefrauen den Versorgungsausgleich von ihnen erhalten.

Seit 1992 kämpft eine halbe Million geschiedener Frauen in den neuen Bundesländern um das Recht auf Gleichbehandlung und um eine Regelung für die Ansprüche auf Altersversorgung. Betroffene Frauen haben sich im „Verein der in der DDR geschiedenen Frauen“ zusammengeschlossen. Die Initiativgruppe „Versorgungsausgleich für in der DDR geschiedene Frauen“ bietet jeden ersten Dienstag im Monat in der Zeit von 10 bis 12 Uhr eine Sprechstunde in der Landesgeschäftsstelle der SHIA Brandenburg, Bahnhofstraße 4 in Königs Wusterhausen, an. In dieser Zeit ist unter 03375/29 47 52 Ute Lauterbach telefonische Ansprechpartnerin.

**Durchwahl zum LFR
030/785 70 10**

Finanzierung der Geschlechtergleichstellung

von Mechthild Rawert, MdB

♦ Vom 25. Februar bis zum 7. März 2008 tagt im UN-Hauptquartier in New York die 52. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission (FRK). Parallel dazu finden alljährlich eine Vielzahl von Veranstaltungen und ein organisierter Austausch von NGOs statt, an dem ich als Mitglied des Parlamentarischen Beirats der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung teilnehme.

Die Hauptaufgabe der UN-Frauenrechtskommission besteht in der Förderung von Frauenrechten und in der Sicherung der Gleichstellung der Frau weltweit. Die UN-Weltfrauenkonferenzen und die Schaffung des „UN-Abkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau“ (kurz: CEDAW) wurden von diesem Gremium initiiert. Hier stellen die Staaten und die Zivilgesellschaft Weichen, starten Aktionen und forcieren vielfältige Vernetzungen. Die UN-Frauenrechtskommission evaluiert die weltweiten Fortschritte und die Hemmnisse und deckt Handlungsbedarf auf. Die Beschlüsse der UN-Frauenrechtskommission sollen selbstverständlich auch Konsequenzen für weitere Politikbereiche erwirken: So zum Beispiel für die internationale Debatte zur Entwicklungsfinanzierung (Doha 2008), zur Überprüfung der Wirksamkeit von Hilfen (Accra) und auch bei der UN-Reform selbst.

Hauptziel der diesjährigen FRK ist es, die Finanzierung von Geschlechtergerechtigkeit in den Mittelpunkt zu stellen und deren Umsetzung zu prüfen. Schließlich haben sich die Regierungen bereits 1995 in Peking auf der vierten UN-Weltfrauenkonferenz dazu verpflichtet. Instrumente der Gleichstellungspolitik wie Gender Mainstreaming und Gender Budgeting wurden voran gebracht – auch in Deutschland und vor allem in Berlin.

Die Situation hierzulande

Dennoch ist und bleibt die Gleichstellung der Frau ein wichtiges Querschnittsthema in Deutschland. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat dem Deutschen Bundestag am 8. Juni

2007 den „Sechsten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)“ vorgelegt (Drucksache 16/5807). Der Bericht stellt fest, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Erwerbs- und im Familienleben Ursache für viele Ungleichbehandlungen ist: zu wenig Frauen in Führungspositionen, rollentypisches Berufswahlverhalten bei Mädchen wie bei Jungen, ein geringeres Durchschnittseinkommen bei Frauen als bei Männern, die Verortung der Hauptverantwortung für die Familienarbeit bei den Frauen, dagegen für den Familienunterhalt bei den Männern.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemo-

kratischer Frauen (ASF) und mit ihr viele andere Frauenorganisationen fordern deshalb seit Jahren schon ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Dieses muss endlich auch kommen. Gerade das gesellschaftliche Rollendenken ist aber etwas, dass man und frau nur allmählich verändert, auch wenn Gleichbehandlungsgesetze und Quotenregelungen diesen Prozess beschleunigen können. Leider ist der Fortschritt oftmals eine Schnecke. Deswegen sind auch die Programme wichtig, die mehr Mädchen für technische Berufe begeistern, die Karrierechancen von Frauen in so genannten traditionellen Frauenberufen – für die Gesellschaft unschätzbar wichtige soziale, erzieherische oder auch pflegerische Dienstleistungsberufe – fördert, aber es braucht auch Programme, mit denen Jungen für die Wahl eines Berufes im sozialen Bereich ermutigt werden.

Auch NichtfeministInnen kennen die mit Gender Mainstreaming und Gender Budgeting verbundenen Herausforderungen. Viele wollen sich diesen dezidiert nicht stellen. Im April 2005 – noch unter der rot-grünen Bundesregierung – ist eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden, die allerdings erst vor kurzem veröffentlicht wurde. Als wesentliches Instrument wurde darin benannt, in die Haushaltssystematik Genderinformationen einzubeziehen und Genderwirkungsanalysen zu erstellen.

Die Vorschläge, die uns in dieser Studie gemacht werden, müssen wir aufgreifen und in die künftigen Haushaltsplanungen einbeziehen. Dabei gilt es, im Voraus bei der Haushaltsplanung kritisch in Bezug auf geschlechtsspezifische Verzerrungen vorzugehen und im Nachhinein auch die Folgen zu evaluieren. Gerade auch auf Seiten der Bundespolitik sehe ich hier eine aktive Holschuld: Sollten notwendige genderspezifische Informationen nicht vorliegen, dann müssen sie erhoben werden; liegen sie vor, so sind sie entsprechend zu interpretieren, und handlungsanleitende Lösungen müssen erarbeitet und umgesetzt werden.

LFR-Einladung

Im UN-Hauptquartier in New York tagt vom 25. Februar bis zum 7. März 2008 die 52. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission. An der zehnköpfigen Delegation des European Parliamentary Forum on Population and Development nehmen aus Deutschland die SPD Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert (Mitglied des Parlamentarischen Beirats der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung), Marion Böker (Internationaler Ausschuss des Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes) sowie Brigitte Triems (Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrats) teil.

Am Freitag, dem 4. April 2008, informieren die drei Teilnehmerinnen in der Zeit von 19 bis 21 Uhr im Rathaus Schöneberg über das Programm sowie die Fortschritte und Hemmnisse in der internationalen Gleichstellungspolitik.

Veranstaltungsort:

Rathaus Schöneberg, 10820 Berlin, Raum 2013-2018: Casino, 2. Etage

Mehr Infos im Internet unter www.lfr-berlin.de

EU-Ministerrunde: Mehr Frauen in die Politik

„Eine breite Teilhabe beider Geschlechter an der politischen Gestaltung ist eine Grundvoraussetzung guten Regierens“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, beim Treffen der europäischen Gleichstellungsministerinnen und -minister in Brdo in Slowenien im Januar. „Im europäischen Vergleich kann sich Deutschland mit einer Kanzlerin, fünf Bundesministerinnen und einem Anteil von knapp einem Drittel Frauen im Bundestag sehen lassen“, so Kues weiter. „Beim kommunalpolitischen Engagement als Stadträtin oder Bürgermeisterin und bei der Beteiligung junger Frauen in politischen Ehrenämtern besteht aber noch immer großer Nachholbedarf.“

Unter dem Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens berieten die Ministerinnen und Minister der EU-Mitgliedstaaten sowie Vertreterinnen und Vertreter der EU-Kommission und

des Europäischen Parlaments über Strategien zur Verbesserung der politischen Teilhabe von Frauen. Ein zentrales Ziel sei die Erhöhung des Frauenanteils in politischen Führungspositionen, heißt es. EU-weit gebe es zwar Fortschritte, in allen EU-Mitgliedstaaten seien Frauen in den Parlamenten jedoch unterrepräsentiert. Dies gelte auch für die Europäische Kommission und das Europäische Parlament. Neben dem Thema Frauen in politischen Führungspositionen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Möglichkeiten zur Beseitigung von Rollenstereotypen in der Bildung sowie Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung in der Entwicklungspolitik.

Zum Hintergrund: Deutschland liegt mit einem Frauenanteil von 31,6 Prozent im Deutschen Bundestag über dem europäischen Durchschnitt (23 Prozent). Beim Frauenanteil in den höchsten Regierungsämtern erreicht Deutschland mit 38 Prozent EU-weit

den vierten Platz – nur in Finnland (60 Prozent), Schweden (45 Prozent) und Spanien (41 Prozent) sind prozentual mehr Frauen in den höchsten Regierungsämtern zu finden. Das EU-Parlament hat einen Frauenanteil von 31 Prozent, in der Europäischen Kommission stehen acht Frauen 19 Männern gegenüber (30 Prozent).

Allerdings werden nur 33 von den insgesamt 218 Städten in Deutschland von einer Oberbürgermeisterin regiert (15 Prozent). Um das zu ändern, hat das Bundesfamilienministerium mit der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) jetzt ein zweijähriges Forschungsprojekt gestartet. Es soll die Partizipation von Frauen auf kommunalpolitischer Ebene stärken und in Handlungsempfehlungen münden. Ziel ist, in einer bundesweiten Befragung herauszuarbeiten, welches die Bedingungen für den erfolgreichen Einstieg und Aufstieg von Frauen in politischen Ämtern ihrer Gemeinde sind.

+++ Literaturtipps +++ Literaturtipps +++ Literaturtipps +++

Diversity-Leitfaden: Noch druckfrisch ist das neue Buch des Politikwissenschaftlers und Gründers des Instituts für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V. Berlin, Peter Döge, der sich mit Veröffentlichungen zu Genderfragen hervorgetan hat und nun der Gestaltung eines benachteiligungsfreien Miteinanders in Organisationen zuwendet. Denn: Gesellschaftliche Vielfalt ist im globalen Dorf längst Realität und sogar von großem Nutzen. Sein handlungsorientierter Leitfaden will Verwaltungen, Verbänden und Vereinen Hilfestellung bei der Umsetzung des Diversity-Ansatzes leisten. Dabei versucht er eine interessante Brücke zur Definition von Kultur und der sie determinierenden Momente zu schlagen. Lesenswert! *Sabine Röhrbein*
Peter Döge: *Von der Antidiskriminierung zum Diversity-Management. Ein Leitfaden.* Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen 2008, 111 S., 12,90 Euro.
Else Ury-Biographie: Unter dem Titel „Nesthäkchen kommt ins KZ“ veröffentlichte Marianne Brentzel bereits 1992 eine Biografie über Else Ury.

Das Interesse am Leben und Schaffen der Bestseller-Autorin, die durch die Nesthäkchen-Serie bekannt ist, war riesengroß. Jedoch blieben offene Fragen im Leben der Jüdin Ury, die 1943 im KZ Auschwitz ermordet wurde. Erst politische Veränderungen in Osteuropa in den 1990er Jahren ermöglichten neue Nachforschungen. Im Vordergrund der zweiten nun erschienenen Biografie steht vor allem Else Urys jüdische Verwurzelung verbunden mit ihrer deutschen Herkunft. Auf dieser Grundlage verdeutlicht Brentzel nicht nur die Widersprüche in Urys Leben, sondern gibt auch Einblick in die Epoche des Berliner Bürger- und Judentums während der Kaiserzeit bis zum Dritten Reich. Dank der klaren und anschaulichen Schreibweise dokumentiert sie das Leben einer der bekanntesten Bestseller-Autorinnen der 1920er Jahre und konfrontiert auch interessierte jüngere Leserinnen und Leser mit bis heute prägender deutscher Geschichte. *Nora Kuhle*
Marianne Brentzel: *Mir kann doch nichts geschehen... Das Leben der Nesthäkchen-Autorin Else Ury.* Edi-

tion Ebersbach Berlin 2007, 184 S., 19,80 Euro.

Vom Umgang mit der Trauer: Im Januar wäre Simone de Beauvoir 100 Jahre alt geworden. Die Edition Ebersbach hat deshalb ein neues Beauvoir-Lesebuch und einen Spaziergang durch ihr Paris (mit Briefauszügen, Tagebuchnotizen und Karte) herausgegeben. Eindringlicher ist jedoch die Beauvoir selbst – mit Aufzeichnungen über das Sterben ihrer krebserkrankten Mutter. Solch unsentimentales Plädoyer für einen würdevollen Tod ist selten zu lesen und von ihr, der unkonventionellen Schriftstellerin für die Sache der Frau, ist es nicht zu erwarten. Sie gewährt uns Einblicke in ihr Leben und ihre Familie, die uns die Etappen des Krankseins, Revoltieren, Aufgeben, Sterben und Trauern ganz nahe bringen. Einmal mehr gibt sie eine weitere Facette ihrer Persönlichkeit preis, die anregt, Position zu beziehen und sich vorzubereiten auf den Tag X. *Sabine Röhrbein*

Simone de Beauvoir: *Ein sanfter Tod.* Edition Ebersbach Berlin 2007, 120 S., 18 Euro.

Mehr Lohngerechtigkeit für Frauen

BPW Berlin aktiv beim Equal Pay Day am 15. April 2008

♦ Jedes Jahr um den 8. März herum stehen Frauen verstärkt im Mittelpunkt: Medien gratulieren, Männer schenken Blumen, Politiker entdecken ihr Herz für die berufstätigen Mütter und Ehefrauen. Jetzt soll ein nationaler Equal Pay Day, der vom BPW Germany ausgerufen wurde, unter anderem einfordern, diesen Ehrungen verstärkt und ganzjährig Taten folgen zu lassen.

Im Durchschnitt der EU-Länder werden Frauen für die gleiche Arbeit um 15 Prozent niedriger bezahlt als Männer. In Deutschland ist diese Gehaltskluft mit 22 Prozent noch deutlich größer. Der BPW will mit seinem Aktionstag am 15. April 2008 dazu beitragen, dass sich diese Schere schließt. Damit hat BPW Germany eine Idee des BPW USA aufgegriffen und zur Halbzeit des Europäischen Jahres der Chancengleichheit im Juli 2007 die Initiative Rote Tasche ins Leben gerufen. Mit der Kampagne will der Verband auf die „roten Zahlen“ in den Brieftaschen der Frauen aufmerksam machen. Die Initiative fand breiten Zuspruch und wird inzwischen unter anderem vom BMFSFJ und dem Deutschen Frauenrat unterstützt.

Der BPW Berlin gehört zu einem internationalen Frauennetzwerk, das in über 100 Ländern der Welt vertreten ist. Lobbyarbeit in internationalen Organisationen, wie etwa der UNO, EWL und dem Europarat, soll ermöglichen, die Interessen der berufstätigen Frauen besser durchzusetzen. „Durch die Vielzahl von grenzüberschreitenden Projekten, internationalen Kongressen und Club-Partnerschaften erweitern BPW-Frauen nicht nur ihre fremdsprachlichen und interkulturellen Kompetenzen, sondern auch die wirtschaftlichen und beruflichen Chancen“, so Bettina Schleicher, Präsidentin von BPW Germany. „Im BPW finden sich Frauen aus unterschiedlichsten Berufen in allen Phasen des beruflichen Lebens. Solch ein Netzwerk ist Gold wert.“ Da verwundert es nicht, dass gerade die Mitglieder des BPW die gegenwärtige Diskussion um das moderne Frauenbild sowie die Gleichberechtigung bis in die Lohnlücke aktiv verfolgen und ihre Meinung kundtun. Mit roten Taschen zeigen am 15. April die Mitglieder des hauptstädtischen BPW-Clubs ihr Engagement. Im Roten Rathaus findet eine Podiumsdiskussion

mit Prof. Dr. Friederike Maier (FHW Berlin und Direktorin des Harriet Taylor Mill-Instituts), Vera Gäde-Butzlaff (Vorstandsvorsitzende der Berliner Stadtreinigungsbetriebe) und Hiltrud Breyer (Abgeordnete im Europäischen Parlament für Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied im EP-Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit) statt. Für die Moderation ist Britta Elm vom RBB-Fernsehen angefragt.

Zukünftig soll der Aktionstag jedes Jahr veranstaltet werden, deshalb geht es im Berliner Roten Rathaus diesmal um die Darstellung der aktuellen Situation, Veränderungsmöglichkeiten und Ziele sowie die Grenzen aus Sicht von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. So gestalten auch die Berliner Frauen aktiv die Neuausrichtung der politischen Rahmenbedingungen. Damit Chancengleichheit nicht nur ein leeres Wort bleibt, möchten wir auf diesem Weg alle Leserinnen herzlich einladen und zur Teilnahme aufrufen.

Elke Ickert, BPW Berlin

Infos auch unter www.bpw-berlin.de im Internet.

Erinnerung an Neugründung von 60 Jahren

♦ Der Deutsche Staatsbürgerinnen-Verband e.V. gedachte Anfang des Jahres der Neugründung des Verbandes vor 60 Jahren unter dem vorläufigen Namen „Notgemeinschaft 1947“. Mitglieder und Gäste des Landesverbandes Berlin feierten taggenau am 26. Januar die Wiedererstehung des Verbandes 1947.

In der Bibliothek des „Sozialwerkes Berlin e.V. im Grunewald waren die Tische festlich gedeckt und die ehrenamtlichen Helfer des Hauses servierten Kuchen und Kaffee. Eine junge Musikerin spielte ihr Repertoire auf drei Instrumenten und die Historikerin Dr. Irene Stoehr hielt eine aufschlussreiche Gedenkrede. Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen stand die damalige Festrednerin Freda Wüsthoff, die sich bei der Neugründung der Frauenvereine große Verdienste erwarb, nicht

nur in Berlin, sondern auch in den anderen Besatzungszonen, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg. Freda Wüsthoff betrachtete Frauen und Frauenorganisationen als Garantinnen für einen nachhaltigen Frieden. „Friede“ als grundlegendes Vereinsziel wollte sie in den Satzungen der neu gegründeten Frauenvereine verankern.

Elfriede Rönnebeck gedachte unserer 2007 verstorbenen Vorsitzenden und dann Ehrenvorsitzenden Johanna Lemke, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande und Erster Klasse, die in Berlin Frauengeschichte machte, unter anderem als Mitbegründerin des LandesFrauenRats und des Frauen-, Forschungs-, Bildungs- und Informationszentrums FFBIZ, beides Einrichtungen, die 2008 und 2009 ihr 30-jähriges Bestehen feiern.

Die verbliebene Zeit wurde genutzt, um anhand ausgelegter Fotos Erinnerungen wachzurufen und Geschichten auszutauschen. Zum Schluss wurde mit einem Glas Sekt auf eine friedliche und zielgerichtete Zusammenarbeit in der Zukunft angestoßen.

Unser Dank gilt auch der hochbetagten Gastgeberin und Gründerin des Sozialwerkes Berlin e.V., Käthe Tresenreuter, die sich und ihr Haus kurz vorstellte und zu weiteren Besuchen sowie zur individuellen Teilnahme an dem vielseitigen Programm des Hauses einlud.

Annemarie Lopez, Deutscher Staatsbürgerinnen-Verband

Mehr Infos zum Verband unter www.staatsbuergerinnen.org im Internet.

Gesundheit durch Humor

♦ „... Bevor uns der Kragen platzt!“ ist der Themenabend über das Spannungsfeld berufliche Leistungssteigerung und Gesundheit durch Humor am 18. März beim Berliner Frauenbund 1945 e.V. überschrieben. „Humor ist der Knopf, der verhindert, dass uns der Kragen platzt“ war ein Spruch von Ringelnatz.

„Humor kann unseren beruflichen Alltag würzen und verhindert, dass wir durch ständigen Ärger oder Durchhalten stressiger Situationen im wahrsten Sinne krank werden. Wie das gehen kann, erfahren Sie in meinem neuen Themenabend“, erläutert Birgit Rohde-Göhring, Trainerin und Coach. Sie wird den Teilnehmerinnen sowohl Grundlagen und Hintergründe der Humor-Forschung näher bringen, aber auch Wege aufzeigen, mit einer humorvollen Haltung das Alltagsge-

schehen von einer veränderten Seite kennen zu lernen. „Dies ermöglicht Ihnen eine bessere Motivation und verhilft insbesondere im beruflichen Umfeld, Ihre Leistung zu verbessern“, so die Trainerin. „Mit dieser veränderten Sicht auf die Dinge tragen Sie aktiv zu Ihrer Gesundheit und Lebensfreude bei: Und das sieht man Ihnen dann auch an. Wie Sie Ihre eigene ‚Humor-Strategie‘ entwickeln, werden Sie nach diesem Abend auch wissen.“ Die zweistündige Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr beim Berliner Frauenbund 1945, Ansbacher Straße 63 in 10777 Berlin (nahe U-Bahn Wittenbergplatz). Die Teilnahme kostet 15 Euro. Anmeldungen sind direkt an Birgit Rohde-Göhring erbeten – via E-Mail an info@flussweg.de oder telefonisch unter 0160-99167644.

Internet-Info: www.flussweg.de

Frauen setzen sich durch - oder nicht?

♦ Egal ob es um Banken, Kundinnen oder Veranstaltungen geht: Das Umfeld einer Unternehmerin oder Managerin auf den oberen Führungsetagen ist zumeist männlich. Marion Knaths, Autorin und Gründerin von „sheboss“, enttarnt in ihrem Vortrag am 6. März bei der Regionalgruppe Berlin des Bundesverbandes der Frau in Business und Management e.V. scharfsinnig und konstruktiv die Spiel-

regeln männlicher Kommunikation. Sie zeigt, wie wir diese geschickt nutzen können, um eigene Ziele erfolgreich durchzusetzen. Die Veranstaltung „Spiel mit der Macht oder Wie Frauen sich durchsetzen!“ beginnt um 18.30 Uhr, zum Ort bitte den BFBM kontaktieren.

Kontakt via E-Mail an berlin@bfbm.de, Internet-Info unter www.bfbm.de

Netzwerken mit Expertin

♦ Networking ist in aller Munde – zu Recht: Gerade in Zeiten ständiger Veränderungen ist das altbewährte „Vitamin B“ ein essentieller Erfolgsfaktor. Dass das „Old Boys Network“ der Männer seit jeher prächtig funktioniert, ist Frauen suspekt. Aber wer glaubt, Karriere beruhe allein auf Leistung, verkennet die Realität. Deshalb lädt der EWMD Berlin-Brandenburg e.V. am 25. März 2008 zu seinem Themenabend „Netzwerke – Was Männer tun und Frauen wissen müssen“ ein.

„Martina Haas, die Autorin des gleichnamigen Buches, wird uns im Rahmen eines interessanten Vortrages wichtige Informationen, Hinweise und Tipps zum Thema geben“, informiert

Andrea Wellbrock-Thumeyer vom EWMD-Vorstand. Haas berät als selbstständige Rechtsanwältin und Managementberaterin Führungskräfte und Unternehmen unter anderem im professionellen Networking.

Die Veranstaltung findet in der Zeit von 19 bis 21 Uhr bei „Rohnstock-Biografien“, Schönhauser Allee 12, 10119 Berlin (nahe U-Bahn Senefelder Platz, Eingang über die Saarbrücker Straße) statt. Die Teilnahme kostet 10 Euro, die bar am Themenabend vor Ort zu zahlen sind. Um frühzeitige Anmeldung bis spätestens zum 18. März wird gebeten per E-Mail an ewmd-germany@t-online.de oder per Fax an 782 50 76 (Elke Wilke, EWMD Geschäftsstelle).

Dokumentation: 15 Jahre Frauenpolitischer Rat

♦ Mitte Dezember 2007 feierte der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. sein 15-jähriges Bestehen mit einem Parlamentarischen Abend im Brandenburger Landtag. Hervorgegangen aus dem Frauenpolitischen Runden Tisch gründete sich der Frauenpolitische Rat im Jahr 1992 als Dachverband, dem heute 24 Mitgliedsorganisationen mit mehr als 150.000 Brandenburgerinnen angehören. „Im Streiten für mehr Geschlechtergerechtigkeit und den Abbau von Benachteiligungen für Mädchen und Frauen konnten wir in den zurückliegenden Jahren Erfolge verzeichnen, wurden aber auch von schmerzhaften Rückschlägen nicht verschont“, zog die Erste Sprecherin Sabine Stüber bei der Veranstaltung Bilanz. Trotz umfassender rechtlicher Grundlagen sei der Weg zu einer tatsächlichen Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen der Gesellschaft noch weit. Die Forderung nach Umsetzung von Frauenförderung und Gender Mainstreaming sei nach wie vor aktuell und dringend nötig.

Der Frauenpolitische Rat versteht sich als Mittler und Sprachrohr der Mädchen und Frauen im Land Brandenburg. Verstärkte Politikberatung, die den sich sehr unterschiedlich entwickelnden Lebensverhältnissen und Bedarfslagen von Mädchen und Frauen Rechnung trägt, wird neben dem Ausbau regionaler Vernetzungsstrukturen eine seiner wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit sein. Zu seinen Forderungen gehört deshalb nach wie vor die verlässliche finanzielle Förderung von frauen- und familienpolitisch tätigen Verbänden und Vereinen durch Land und Kommunen. Seit kurzem liegt die Dokumentation „15 Jahre Frauenpolitischer Rat – Politik mit und für Frauen“ vor, die neben der Selbstdarstellung und Daten aus der Chronik die handelnden Akteurinnen in prägnanten Porträts vorstellt und eine kritische Bilanz zieht. Sie kann in der Geschäftsstelle bestellt oder auf der Verbands-Webseite abgerufen werden. *sbr*

Mailkontakt: FrauPolRat@t-online.de, Internet-Info: www.frauenrat-brandenburg.de

Familien-Sportmesse 2008

♦ Wie schon 2007 hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit die Schirmherrschaft für die Familien-Sportmesse am 13. April 2008 übernommen und unterstreicht somit die gesamtberliner Bedeutung der Veranstaltung. Bei der Messe präsentieren sich in der Zeit von 10 bis 16 Uhr an 19 Standorten in Berlin über 300 Vereine mit weit über 5.000 Sportan-

geboten. Informationen zu dem Mitmach-Ereignis sind unter www.familien-sportmesse.de abrufbar. Die Berliner Sportverbände stellen sich darüber hinaus im Internet unter www.berliner-sportangebote.de vor. Zu finden sind 439 Sportvereine und insgesamt 72 unterschiedliche Sportarten mit rund 5.580 Angeboten vor Ort in den Bezirken.

Frauenpolitisches Programm

♦ Die 16. Bundesverbandstagung des Sozialverbands Deutschland (SoVD) hat im Oktober 2007 das neue Frauenpolitische Programm einstimmig verabschiedet. Kernziel der gleichstellungs- und frauenpolitischen Positionen ist die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Frauen mit und ohne Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das Programm kann telefonisch bestellt unter 72 62 22-125, Fax: -328, E-Mail: elke.broecker@sovd.de

Reaktion auf Bericht zur China-Reise

♦ Auf den Bericht der China-Reisen der Berlinerinnen (Dokumentation ab Seite 16) haben inzwischen die Senatskanzlei (Staatssekretärin Barbara Kisseler), die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, (Referatsleiter Hartmut Hartmann) und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Leiterin der Abtlg. EU/Internationales Barbara Berninger) reagiert. Alle drei Behörden würdigen ausdrücklich das Engagement und boten vertiefende Kontakte an.

Aktuelle Termine, Tipps und Veranstaltungen

www.lfr-berlin.de

Infos zur HPV-Impfung

♦ Nach zahlreichen Anfragen von Ärztinnen und Ärzten, Bürgerinnen und Bürgern und den Medien hat das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) sein Informationsangebot zur HPV-Impfung ausgebaut. Als hiezulande zuständige Zulassungs- und Überwachungsbehörde gibt es unter www.pei.de Hinweise zu der Impfung gegen bestimmte Arten des Gebärmutterhalskrebses.

Erste Standesbeamtin

♦ Als erste Frau in Ägypten darf die 32-jährige Amal Sollman jetzt den Beruf der Standesbeamtin ausüben. Bislang sind Eheschließungen und auch Scheidungen in dem Land am Nil ausschließlich Männersache gewesen. Um dieses Amt übernehmen zu können, musste die Juristin zehn Empfehlungsschreiben, allesamt von Männern, vorlegen.

Letzte Meldung

♦ Bundesfamilienministerin von der Leyen (CDU) und Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) haben jetzt eine Einigung im Streit um das Betreuungsgeld erzielt. Danach soll in einem neuen § 16 Absatz 4 SGB VIII künftig geregelt werden, dass „ab 2013 für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (zum Beispiel Betreuungsgeld) eingeführt werden soll.“ Durch diese Einfügung bringe die Bundesregierung zum Ausdruck, neben dem Ausbau der Kindertagesbetreuung auch die herausragende Leistung der Eltern bei der Erziehung des Kindes zu würdigen, heißt es aus dem Familienministerium. Die konkrete Ausgestaltung solle zum Jahre 2013 geklärt werden. Der Gesetzgeber sei dabei in seiner Entscheidung frei. Die Bundesregierung will für jedes dritte Kind einen Platz bei einer Tagesmutter oder in einer Kindertagesstätte schaffen. Zudem wird es wie im Koalitionsausschuss vereinbart, ab 2013 einen Rechtsanspruch geben. Der Bund stellt für den Ausbau der Kinderbetreuung vier Milliarden Euro bereit. Der Deutsche Juristinnenbund (djbb) hat in einer Stellungnahme seine Ablehnung des Betreuungsgeldes bekräftigt. Solches Vorhaben sei nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern auch bildungs-, familien- und frauenpolitisch fragwürdig, so djbb-Präsidentin, Rechtsanwältin Jutta Wagner. *sbr*
Die komplette Stellungnahme ist unter www.djbb.de zu finden.

Der LFR Berlin lädt ein

Samstag, 8. März 2008



im UCW, Sigmaringer Str. 1

Büchertrödel und Buchtauschbörse

UCW-Frauenmesse 3. Etage

Die Regeln der Politik sind männlich. Wir tagen so lange, bis einer umfällt. Und dann gehen wir noch ein Bier trinken. Zu diesen Ritualen passen keine Kinder.

Andrea Ypsilanti,
SPD-Vorsitzende in Hessen